Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis im Hausmonat. 4400 M., durch die Post 5000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. i. d. Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H. Halle Leipzigerstr. 14 Fernruf 1045 1047 2951 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 150 M. für den Millimeter Höhe und Spalte 900 M. für Reklame. ausschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank Halle Postscheckkonto Leipzig 1058 48. Fritz Krob Halle

Einzelpreis 180 Mark | **Freitag, den 25. Mai 1923** | **3. Jahrgang Nr. 119**

Der Existenzkampf im Ruhrgebiet

Der Betrieb ruht auf allen Schächten — Ausdehnung des Streiks auf die Metallindustrie — Sicherheitswehr der gewerkschaftlichen Organisationen in Gelsenkirchen

138000 Streikende im Dortmunder Bezirk

(Eigene Drahtmeldung)

Dortmund, 25. Mai.

Die Zahl der Streikenden im Dortmunder Bezirk beträgt nunmehr 138 000. Eine Reihe weiterer Zechen und Metallbetriebe sind in den Streik eingetreten. Die Zentralstreikleitung jetzt sich aus Mitgliedern aller Organisationen zusammen, und zwar: vom Metallarbeiterverband 9, Fabrikarbeiterverband 1, Deutscher Verkehrsbund 1, Baugewerkschaftsbund 1, Union der Hand- und Kopfarbeiter 4, Hirsch-Dunckersche 1, Syndikalisten 1. Die Zentralstreikleitung hat einen Aufruf herausgegeben, in dem sie sich gegen das Märchen von dem politischen Charakter des Streiks richtet und die Gewerkschaften noch einmal zur Anerkennung des Streiks auffordert.

In Langendreer, Witten, Bochum und anderen Orten haben sich eine Reihe größerer Betriebe dem Streik angeschlossen.

•

Weitere Ausdehnung des Streiks

(Eigene Drahtmeldung)

Remscheid, 25. Mai.

Die Belegschaft der „Bergischen Stahl-Industrie", des größten Werkes am Orte, ist in den Streik getreten. Es ist eine vorläufige Forderung von 150 000 Mk. Wirtschaftsbeihilfe aufgestellt. Die heute zusammentretende Betriebsrätevollversammlung wird die vollständigen Forderungen formulieren.

In Wesel und Emmerich stehen unter Führung sozialdemokratischer Ortsverwaltung 660 Metallarbeiter im Streik um Teuerungszulage und Lohnerhöhung.

•

Streik auf allen Schächten des Ruhrgebiets

(Meldung des Wolffschen Bureaus)

Berlin, 25. Mai.

Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet ruht auf allen Schachtanlagen der Betrieb. Man nimmt an, daß es sich um einen Sympathiestreik für die Ausständigen des Dortmunder Bezirks handelt. Der kommunistische Sicherheitsdienst in Gelsenkirchen ist gestern abend gewaltig verstärkt worden. Straßenpassanten und mit der Straßenbahn eintreffende Reisende wurden auf Waffen untersucht. Durch Maueranschlag wird der Verkehr von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh gesperrt. — Gestern nachmittag versuchte eine Abteilung des Selbstschutzes aus Wanne nach Gelsenkirchen zu kommen. Von kommunistischen Hundertschaften wurde aber die Abteilung bereits an der Stadtgrenze in ein Feuergefecht verwickelt, und nach einigen leichteren Verletzungen zogen sich die Selbstschutzleute zurück.

•

Ein Aufruf der Zentral-Streikleitung

Dortmund, 24. Mai.

Die Zentralstreikleitung von Groß-Dortmund wandte sich an die Gewerkschaften: „In der Presse wird die Meldung verbreitet, daß der gewaltige Streik der Dortmunder Arbeiter eine kommunistisch-unionistische Mache sei. Dazu erklärt die Zentralstreikleitung: Dem Streik liegen keinerlei politische Forderungen zugrunde. Die Forderungen der Arbeiterschaft lauten: einmalige Wirtschaftszulage an Verheiratete in Höhe von 200 000 Mk., an Ledige in Höhe von 150 000 Mk. Außerdem Lohnzulagen von 50 Prozent vom 1. bis 15. Mai, ab 16. Mai weitere 50 Prozent. Um jeden Verdacht zu begegnen, daß der Streik als Mache einer politischen Partei anzusehen ist, tritt die Zentralstreikleitung, die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus alten Gewerkschaftern besteht, noch einmal an die Gewerkschaften heran mit der Forderung, sich hinter die Forderungen der streikenden Arbeiter zu stellen und den Streik anzuerkennen. Die Forderungen der Streikleitungen sind getragen von dem einmütigen Willen überwiegend gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, 50 000 Streikende, die von den Arbeitern des gesamten Industriegebiets erwarten, daß sie sich sofort dem Vorgehen der Dortmunder Arbeiterschaft anschließen und dem Streik mit allen Mitteln zum Siege verhelfen."

•

Die Dortmunder Funktionäre des DMV. für den Streik

(Eigene Drahtmeldung)

Dortmund, 24. Mai.

Die Funktionäre des Deutschen Baugewerksbundes und des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben sich durch Mehrheitsbeschluß für den Streik ausgesprochen. Von den 1000 Funktionären des DMV. sind 800 in der von der Ortsverwaltung einberufenen Vertrauensmännerversammlung erschienen und die Mehrheit stimmte für Fortsetzung des Streiks. Die Kommunisten bilden noch eine verschwindende Minderheit unter den Funktionären des DMV., was beweist, in welch hohem Maße die Hungerabwehrbewegung von der Gesamtarbeiterschaft getragen ist und gleichzeitig zeigt, wie verlogen die Behauptung ist, die Kommunisten und Unionisten seien die Urheber der Bewegung.

•

Arbeiterwehr der gewerkschaftlichen Organisationen

(Eigene Drahtmeldung)

Gelsenkirchen, 25. Mai.

Die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit dem Magistrat führten zu dem Ergebnis, daß **für den öffentlichen Schutz eine Arbeiterwehr gebildet** wird, zu der die freien Gewerkschaften 150 Mann, die Union der Hand- und Kopfarbeiter 100 Mann, die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen je 75 Mann stellen. Die Leitung ist entsprechend paritätisch zusammengesetzt.

Der bürgerliche Selbstschutz ist vollkommen zersprengt. Die Kontrolle und Herabsetzung der Preise wird fortgesetzt. Eine Massendemonstration, an der sich etwa 45 000 Arbeiter beteiligten, setzt sich für die Arbeit der Kontrollausschüsse ein. Zu Plünderungen ist es fast nirgends gekommen.

•

Die Ereignisse in Dortmund und Gelsenkirchen erfordern von der gesamten kommunistischen Arbeiterschaft die größte Aufmerksamkeit. Die deutsche Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, steht vor einer großen Gefahr. Gelingt es nicht, den Arbeitermassen das Bewußtsein dieser Gefahr beizubringen, so gehen sie einer entscheidenden Niederlage entgegen.

Die bürgerlichen Zeitungen geben zu, daß an der Bewegung in Dortmund große Massen von Arbeitern beteiligt sind. Damit ist schon gesagt, daß diese Bewegung nicht vom Zaun gebrochen ist, daß sie der Lage entspringt, in der sich das Ruhrproletariat dank den Verhältnissen, die die Ruhrbesetzung und das Gebaren der deutschen Bourgeoisie geschaffen hat, befindet. Die Bourgeoisie schreit vom internationalen Widerstand. Sie läßt sich diesen Widerstand bezahlen mit Milliarden aus Reichssäckeln. Aber gleichzeitig wuchert sie die Arbeitermassen in der schamlosesten Weise aus. Die Preise sind im Ruhrgebiet sogar mehr gestiegen als im unbesetzten Deutschland. Die Löhne der Arbeiterschaft bleiben weit hinter dem Steigen der Preise zurück. In dieser Situation ist es mehr als verständlich, daß sich die Arbeiter zur Wehr setzen, und es ist ein Verbrechen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, daß sie nicht einmütig sich für die Forderungen der Arbeiterschaft einsetzen.

Diese spontane Massenbewegung des Dortmunder Proletariats gibt den französischen sowie den deutschen Provokateuren die Möglichkeit, das Proletariat zu Aktionen zu treiben, die nur der deutschen und der französischen Bourgeoisie dienen können. Die deutsche und französische Bourgeoisie verhandelt aufs lebhafteste hinter den Kulissen über ein Abkommen, das den Widerstand an der Ruhr beenden soll.

Wir behaupten, daß in den letzten Tagen Herr Stinnes nicht nur mit französischen Interessenten, sondern auch mit Vertretern der französischen Regierung verhandelt hat. Sollte diese Nachricht dementiert werden, so werden wir den Herren mit Namen dienen.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn es zum Abschluß kommt, er auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse stattfindet. Herr Stinnes hat wieder die Franzosen aufgefordert, den Verkauf der Eisenbahnen an deutsche Privatkapitalisten als Bedingung aufzustellen.

Und er versprach ihnen, in drei Jahren durch die Anziehung der Schraube gegen die Eisenbahner und durch die Erhöhung der Eisenbahntarife die Eisenbahn in „Ordnung zu bringen", daß sie 1½ Milliarden Goldmark für die Reparationszwecke ergeben werde. Herr Stinnes wie die Vertreter der französischen Regierung verstehen natürlich ausgezeichnet, daß ein solches Abkommen nur geschlossen werden kann, wenn die Arbeiter niedergerungen werden.

Hier setzt die Provokation ein. Die bürgerlichen deutschen Schutzorganisationen provozieren die Proletarier zu Zusammenstößen, um sie niederzuknüppeln.

Die Kommunistische Partei steht geschlossen hinter den Kämpfen der Arbeiterschaft, und sie wird sie in ihrem Kampfe mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Aber gleichzeitig hat sie die Pflicht, den Arbeitermassen zu sagen, daß es ein Wahnsinn ist, sich ohne Waffen in bewaffnete Kämpfe zu stürzen. Die Kommunisten haben die Pflicht, in die Massenbewegung hineinzugehen, die Arbeiter zu überreden, jedem bewaffneten Zusammenstoß in dem gegebenen Moment auszuweichen und geschlossen nur die Waffe des Streiks und der politischen Demonstration zu gebrauchen. Die spontanen Arbeiterbewegungen werden ganz bestimmt aus den Verhältnissen heraus so auswachsen, daß es dem Bürgertum ein leichtes sein wird, die Geschichte mit einem Blutbad zu beenden, wenn nicht die Proletarier ruhiges Blut bewahren. Und desto weniger wird es den Arbeitern die Schuld für die Kapitulation vor dem französischen Imperialismus aufbürden können. Es gilt, die provokatorischen Absichten der deutschen und französischen Bourgeoisie zu vereiteln. Die Gesamtpartei muß hier mit eiserner Energie und eiserner Kraft eingreifen.

Dollar heute vormittag 53 900 Mark

Dortmund und Gelsenkirchen

Was sich zurzeit im Ruhrgebiet abspielt, ist eine elementare, spontane Massenstreikbewegung. Die unaufhörlichen Preissteigerungen für alle lebenswichtigen Gegenstände, zynische Unnachgiebigkeit der Zechendirektoren, der jämmerliche Ausfall der zentralen Verhandlungen im Bergbau haben eine unerhörte Verbitterung in der betrogenen und verratenen Ruhrarbeiterschaft aufgespeichert. Die Erregung mußte sich entladen infolge der systematischen Provokationen der Polizei und ihrer Lockspitzel, die zusammen mit den bürgerlichen Selbstschützlern und faszistischen Geheimbündlern die Arbeiterschaft angegriffen haben.

Der Ausbruch von „wilden" Streiks auf den Dortmunder Zechen, der mit unheimlicher Schnelligkeit auf andere Industrien, vor allem die Metallindustrie, übergriff, war Anlaß genug für die bürgerliche Pressemeute, die darin in ausschweifendster Weise von den Sozialdemokraten unterstützt wird, einen wüsten Feldzug gegen die Kommunisten zu eröffnen.

Die Zeitungen sind voll von kommunistischen Aktionen, kommunistischen Straßenkämpfen, ja der „Tag" versteigt sich in seiner blinden Denunziationswut zu folgender Nachricht:

„Im Ruhrgebiet sind in den letzten 14 Tagen nicht nur auffällig viel ausländische Kommunisten festgestellt worden, sondern auch Radek weilte mit einem großen Stabe in diesem von den Franzosen vergewaltigten Gebiet."

Die Vereinigten Sozialdemokraten, Demokraten und Faszisten machen aus dem Verzweiflungskampf halbverhungerter Arbeiter einen lange vorbereiteten Putsch. Warum? Sie brauchen eine Ablenkung von dem aussichtslosen Kampf gegen den französischen Imperialismus, dem sie aktiv oder passiv, durch Marksturz, Wucher, künstliche Niedrighaltung der Löhne, **Auslieferung der Kohlen- und Industrieprodukte**, in den letzten Wochen selbst in die Hand gearbeit haben. Sie brauchen Material gegen die Kommunistische Partei, die als einzige Organisation die Lebensinteressen des von der Gewerkschaftsbureaukratie täglich neu verkauften Proletariats vertritt. Daher das Märchen von der Roten Armee, die fetten Ueberschriften in den Zeitungen über „Kommunisten als Helfer der Franzosen", „Aufmarsch der roten Hundertschaften", daher die schamlosen Lügen über Zusammenarbeit der Kommunisten mit der französischen Soldateska.

Wer in Wirklichkeit die **Helfer der Franzosen sind**, das zeigen klar und deutlich einige Tatsachen:

Deutsche und französische Behörden knebeln abwechselnd die kommunistische Presse. Die kommunistischen Zeitungen in Essen, Gelsenkirchen, Düsseldorf und anderen Orten sind auf unbestimmte Dauer verboten. Das letzte kommunistische Organ im Westen, die Kölner „Sozialistische Republik", ist gerade jetzt durch die Interalliierte Rheinlandkommission verboten worden, wenige Tage, nachdem das Verbot des deutschen Polizeipräsidenten abgelaufen war.

In Dortmund hat die Schutzpolizei die Erlaubnis der Franzosen erhalten, aus dem unbesetzten Gebiet drei Hundertschaften zur Verstärkung und gänzlichen Niederschlagung der Streikenden heranzuziehen.

In Essen schießen französische Spitzel kommunistische Jugendgenossen nieder, aber verwunden sie schwer.

In Gelsenkirchen sehen die französischen Offiziere untätig zu, **wie deutsche Faszisten zum Sturmangriff gegen Demonstranten vorgehen, fünf Personen töten und über 60 verwunden. Der Verleumdungsfeldzug** der bürgerlichen Presse ändert daran nichts. Wenn die Zeitungen davon schreiben, daß in Gelsenkirchen die in den Fenstern ihrer Quartiere liegenden französischen Soldaten die Kommunisten mit Zurufen begrüßt hätten, so ist das ebenso eine unverschämte Lüge wie die Erzählung, daß ein in der Menge befindlicher französischer Agitator freies Schußfeld gegen den Selbstschutz verlangt hätte. Die Zahlen über die Tötungen und Verwundungen der Arbeiter widerlegen allein solche Erfindungen.

Die Sozialdemokraten

stehen in erster Reihe unter den Verleumdern und Saboteuren der Lohnkämpfe. Die sozialdemokratische Presse druckt widerspruchsdie Tendenzmeldungen vom WTB. ab und ergänzt sie noch durch schamlose Kommentare. Die Magdeburger „Volksstimme" benützt sogar die Entlarvung französischer Spitzel durch Kommunisten in Essen, um die Kommunisten der Arbeit — für Frankreich zu verdächtigen.

Die sozialdemokratische westfälische „Allgemeine Volkszeitung" behauptet, daß eine kommunistische Deputation einen französischen Offizier um Lieferung von Waffen oder um sonstige Hilfe gebeten habe.

Der „Vorwärts" und andere sozialdemokratische Blätter faseln von Zusammenziehung auswärtiger, bewaffneter Hundertschaften in Dortmund und Gelsenkirchen und das völlig verlumpte hallische Volksblättchen bringt es sogar fertig, von „kommunistischen Rubelsoldaten" zu sprechen, „die die Gelegenheit gern wahrnehmen, um im Trüben zu fischen" und — begünstigt durch das Elend der Massen — begierig die Rolle der Nutznießer des französischen Militarismus übernehmen.

Gegenüber dem frechen Schwindel der schamlosen Stinnesknechte der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse seien hier einige Stellen aus Telegrammen der „Vossischen Zeitung" zitiert, die trotz offensichtlicher Fälschungsversuche die Wahrheit durchschimmern lassen:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230525-17/fragment/page=0001

Aus Gelsenkirchen vom 23. Mai:

„In der Stadt hat sich eine Abwehrorganisation (gegen die Kontrollausschüsse. D. Red.) gebildet, an der sich der aus Bürgern und aus organisierten Arbeitern (Faszisten! D. Red.) bestehende Selbstschutz beteiligte. Die städtische Berufsfeuerwehr und die Wehren der Werke, die teilweise auf Kraftwagen die Stadt durchfuhren, beteiligten sich an der Abwehr. **Eine Versammlung der Kommunisten wurde verhindert.** (!!! D. Red.)"

Zu den „Plünderungen der Kommunisten":

„Vossische Zeitung", Meldung aus Gelsenkirchen vom 24. Mai:

„Um die Mittagszeit ereigneten sich in den verschiedenen Stadtteilen neue Plünderungen. **Die organisierten Kommunisten schreiten gegen dieses Treiben ein und konnten es in diesen Fällen eindämmen" ... „Die Kommunisten selbst bringen darauf, daß irgendeine Organisation geschaffen wird, die wenigstens einigermaßen die Ruhe und Ordnung aufrechterhält und verhindert, daß weiter geplündert wird."**

Der Schwindel, daß die Kommunisten allein den Selbstschutz übernehmen wollten, wird ebenfalls durch denselben Bericht von der „Voss. Zeitung" widerlegt:

„**Die Kommunisten verlangten darauf, daß** lediglich Angehörige der Gewerkschaften zu diesem Dienst herangezogen würden. Von den Vertretern der Kaufmannschaft, der christlichen und Beamten-Gewerkschaften wurde verlangt, daß auch Angehörige ihrer Organisationen in diesen Sicherheitsdienst eingestellt würden. Die Kommunisten widersprachen dem und erhoben scharfe Angriffe gegen die Haltung der Kaufmannschaft, die, soweit sie in dem bisherigen Selbstschutz vertreten waren, die Arbeiterschaft bei den gestrigen Tumulten provoziert hätten."

Eine erbärmliche Rolle spielen wiederum die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Einer WTB-Meldung zufolge, die die bürgerliche Presse mit schmatzendem Behagen abdruckt, erklärten die Gewerkschaften in Dortmund dem Regierungspräsidenten, aus ihren Reihen nötigenfalls die faszistische Polizei verstärken zu wollen.

Das sind die gleichen Sozialdemokraten, die im Januar durch **Abschluß eines Burgfriedens mit der Schwerindustrie die rechtzeitige Erhöhung der Löhne verhindert und bis heute sabotiert haben.** Die einzige Tat, zu der sich die Gewerkschaften aufraffen, ist ein Aufruf, verfaßt **gemeinsam mit den Selben,** der von den Arbeitern Rückkehr in die Betriebe verlangt. Die Erregung der Arbeiterschaft über die Hungerlöhne und den maßlosen Wucher wird in diesem Machwerk auf „systematische Zersetzungsarbeit russischer Sendlinge" zurückgeführt. Die Gewerkschaften wissen in diesem Augenblick nichts zu tun, als Rußland, die kommunistischen Arbeiter und die proletarischen Hundertschaften im Stile nationalsozialistischer Skandalblätter zu verleumden.

In Wirklichkeit wissen die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten eben so gut wie Presse und Behörden, wer die Schuld trägt an der Ausdehnung der Massenstreikbewegung und der blutigen Zusammenstöße im Ruhrgebiet. Die Gewerkschaften konnten nicht umhin, auch die letzte 10prozentige Lohnerhöhung, die durch Schiedsspruch vorgeschlagen wurde, anzunehmen. Was taten sie? Sie baten den Reichsarbeitsminister höflichst, gegen Ende des Monats neue Verhandlungen anzusetzen. Das ist alles! Und währenddessen verbluten hungrige Proletarier unter den Gewehrsalven des faszistischen Mobs.

Selbst die Dortmunder Unternehmer haben, ein geringer Erfolg der Streikenden, schon 25 Prozent angeboten. Eine Lappalie, die natürlich nichts an den Hungerlöhnen ändert, die um kein einziges Prozent der 200-, 300-, ja 400prozentigen Preiserhöhung nachgekletiert sind.

Der Kampf geht weiter, er breitet sich täglich mehr aus. Die sozialdemokratische Sabotage, die faustdicken Zeitungslügen, die Provokationen der Faszisten sind nicht imstande, die Disziplin der kämpfenden Arbeiter zu erschüttern. Im Gegenteil, die Massen leisten der kommunistischen Aufforderung nach Disziplin und Besonnenheit in wachsendem Maße Folge.

Die Kommunisten lassen die kämpfende Ruhrarbeiterschaft nicht im Stich. Es gibt keine „wilden" Streiks, wo es um das nackte Leben des Proletariers geht. Die Gesamtarbeiterschaft ganz Deutschlands muß durch ihren Druck die Gewerkschaften zwingen, ihre verräterische Haltung zu ändern und der Bourgeoisie die Waffen aus der Hand schlagen, daß sie ihre blutige Unterdrückungspolitik gegen die kämpfenden Ruhrproletarier aufgeben muß.

Poincaré soll Polizeiverstärkung zulassen

(Eigene Drahtmeldung)

Münster, 25. Mai.

Von seiten der Reichsbehörden ist aus Münster und Düsseldorf bei den Franzosen beantragt worden, die Schupo aus Düsseldorf, Hamborn, Duisburg und Elberfeld zu schicken. Falls dieser Antrag abgelehnt werden sollte, wird deutscherseits versucht, daß man wenigstens die Entsendung von Kriminalbeamten zuläßt. Der gleiche Antrag ist auch für Essen gestellt, da man Kenntnis davon erhalten hat, daß Kommunisten von Rotthausen und Gelsenkirchen aus sich in Anmarsch befinden. Daraus ist klar ersichtlich, wer in Wahrheit mit den Franzosen zusammenarbeitet.

Proletarische Sicherheitswehr in Gelsenkirchen

(Von unserem nach Gelsenkirchen entsandten Berichterstatter.)

Gelsenkirchen, 24. Mai.

Die Attentäter der industriellen Faszisten mit ihrem sogenannten bürgerlichen Selbstschutz, der sich im ganzen Ruhrgebiet breit macht und besonders hart in Gelsenkirchen war, hat am Mittwoch, dem 22. Mai, zu längst vorbereiteten blutigen Ereignissen geführt. Die Arbeiterschaft hat sich besonders in Gelsenkirchen scheinbar selbst von Treibern dieser weißen Bürgergarde gefallen ließ, hat insbesondere an diesem Tage in Gelsenkirchen von der Bildfläche weggefegt. An diesem Tage war die Provokation des bürgerlichen Selbstschutzes besonders aufreizend. Im Anschluß an die Versuche der Masse, am Morgen auf dem Markt zur Preisherabsetzung zu schreiten, die aber völlig unzusammenhängend und schwächlich an einzelnen Stellen versucht wurde, begann der bürgerliche Selbstschutz mit weißen Armbinden aufzumarschieren und auf seine Art die Diktatur zu errichten. Die Menge, Arbeiterfrauen und Kinder, wurde mit Gummiknüppeln, Totschlägern und Feuerwehrbellen auseinandergetrieben. Die Absperrung eines Raumes, in welchem die Union der Hand- und Kopfarbeiter eine Versammlung abhalten wollte, in der zu den Lohnforderungen Stellung genommen werden sollte, setzte allem die Krone auf. Die Arbeiter schritten zum Gegenangriff und schlugen den ganzen faszistischen Selbstschutz in die Flucht. Daselbe setzte sich im Polizeipräsidium fort, von wo er das Feuer auf die Masse eröffnete. Um 8 Uhr wurde das Polizeipräsidium von den Massen gestürmt und damit der Herrschaft des bürgerlichen Selbstschutzes ein jähes Ende bereitet.

Bei den Kämpfen mit dem bürgerlichen Selbstschutz gab es, soweit wir bis jetzt erfahren konnten, 61 Schwerverwundete, von denen 28 im evangelischen Krankenhaus, 17 im Knappschaftskrankenhaus und 16 im Katholischen Krankenhaus eingeliefert wurden. Von diesen sind im Evangelischen Krankenhaus drei gestorben, im Katholischen zwei, während zwei tot eingeliefert wurden. Im ganzen sind also bis jetzt 7 Tote zu verzeichnen. Außerdem gab es noch ungefähr 20 Leichtverletzte, die nach Anlegung eines Verbandes sich nach Hause begeben konnten. Es ist noch nicht klar zu übersehen, wie sich diese Opfer auf die Seite der Arbeiter und die des Selbstschutzes verteilen. Aber eines ist jetzt schon mit aller Entschiedenheit zu betonen: Das Blut all dieser Opfer kommt auf das Haupt derer, die einen solchen Selbstschutz gebildet, ausgebaut und geduldet haben trotz unserer fortwährenden Mahnungen und trotz der immer häufigeren und bedeutsameren Zwischenfälle, die den faszistischen Charakter dieses Selbstschutzes immer klarer hervortreten ließen.

Nachdem mit dem Fall des Polizeipräsidiums das Zeichen seiner Macht gebrochen war, löste sich dieser Selbstschutz in ein Nichts auf und die ganze Nacht waren die Mitläuferbetriebe in der Stadt jedem Zugriff völlig preisgegeben. Trotzdem die Arbeiterschaft sicherlich an dem Ausbau ihrer Organisationen arbeitete, die den Schutz der Stadt übernehmen sollte, war es nicht zu verhindern, daß an einzelnen Stellen geplündert wurde. Auch dieses fällt den verantwortlichen Führern der Stadtverwaltung zur Last, welche es hinter auf einen derartigen Zustand ankommen ließ, ehe sie die Forderungen der Arbeiterschaft berücksichtigten.

Nun nachdem das Unglück passiert, ist man auf einmal zu allem Möglichen bereit. Nunmehr geht auch dem Gewerkschaftskartell ein Licht auf, und so fanden dann am Donnerstagmorgen Verhandlungen statt zwischen der Stadtverwaltung und Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen sowie dem Kontrollausschuß. Der bürgerliche Selbstschutz wurde für aufgelöst erklärt. Eine proletarische Sicherheitswehr wurde gebildet. Die Leitung besteht aus einer viergliedrigen Kommission von je einem Vertreter des ADGB. der Union der Hand- und Kopfarbeiter (Rote Gewerkschaftsinternationale), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich), des Gewerkschaftsringes (Hirsch-Duncker). Diesen ist der Polizeiinspektor Frederking als fachmännischer Berater beigegeben. Diese Leute sollen die Exekutive der Polizei darstellen. Sie werden von der Stadt bezahlt und sollen von den Werken beurlaubt werden. Sie sollen rotweiße Binden, die Stadtfarbe Gelsenkirchens, tragen. Sie treten heute, Donnerstag mittag, ihren Dienst an.

Auf dem Gebiete der Preisregulierung soll eine andere schärfere Regelung getroffen werden. Die Mitglieder des Kontrollausschusses sollen mit den bekannten Ausweisen der Preisprüfungsstellen versehen werden. Mittlerweile hat aber schon der selbständige proletarische Ordnungsdienst zu funktionieren begonnen. Sicherheitstruppen mit roten Armbinden durchziehen die Straßen der Stadt. Bei allen Plünderungsversuchen wird energisch durchgegriffen. Doch haben sich auch die Geschäftsleute die Herabsetzung der Preise, besonders für Lebensmittel, gefallen lassen müssen. In vielen Geschäften wird lebhaft zu den vom Kontrollausschuß festgesetzten Preisen verkauft, während der proletarische Ordnungsdienst vor dem Geschäft Wache hält. Auf die Vorhaltungen der Geschäftsleute haben die Arbeiter nur immer die eine Antwort: „Wir können uns nicht mehr anders helfen. Wir können mit unserem Lohn die teueren Preise nicht bezahlen und wollen doch nicht verhungern. Wenn Ihr nicht so billig verkaufen könnt, so demonstriert mit uns. Geht mit uns in unserem Kampfe gegen die großen Geldsäcke."

Der „Vorwärts" lenkt ein

Nachdem der „Vorwärts" bisher die Lohnbewegung im Ruhrgebiet, als einen kommunistischen Putschversuch hinstellte, schreibt er in seiner gestrigen Abendausgabe:

„Die Arbeit der Einsetzung der rein bürgerlichen Regierung ist nur gegen die Arbeiterschaft gerichtet. **Diese Lohnpolitik muß verschwinden, wenn nicht die Erregung der hungernden Massen immer wieder zu neuen Explosionen führen soll.** Hoffentlich handelt die Regierung, in dem sie die Ursachen der Unruhen schleunigst beseitigt. **Die Auswucherung der Ruhrbevölkerung ist eine so grenzenlose, daß nur ein energisches Eingreifen gegen diesen Wucher und eine Besserstellung der Lebenshaltung der Bevölkerung dauernde Ruhe schaffen kann."**

Damit bestätigt der „Vorwärts" die Meldungen der kommunistischen Presse, daß die Bewegung eine spontane Massenbewegung gegen die unerhörte Lohndrückerei und den Wucher ist. Aber die Hoffnung, die der „Vorwärts" auf die Cuno-Regierung steckt, ist blöde Rederei. Die Cuno-Regierung wird nicht gegen die Auswucherung eingreifen. Dazu ist nur eine Arbeiter-Regierung fähig. Die aber will die Sozialdemokratie nicht. Sie unterstützt die Politik der Cuno-Regierung und ist somit mitschuldig an den Zuständen, die die Arbeiter zur Verzweiflung treiben.

Provokatorische Verhaftungen in Lünen. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sind im unbesetzten Teil der Stadt Lünen 27 Arbeiter aus den Betten heraus verhaftet worden, weil sie angeblich Mitglieder von proletarischen Hundertschaften sein sollen.

Die internationale Reformisten-Woche in Hamburg

Die „neue" Internationale

(Eigener Bericht)

Mittwoch nachmittag.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung verliest Crispien den Bericht über die Mandatsverteilung. Insgesamt sind 30 Länder durch 426 ordentliche und 124 Gast-Delegierte vertreten. Die zionistische Arbeiterpartei wird nicht zugelassen, weil sie gemeinsam mit den Bürgerlichen den Wahlkampf in Polen durchgeführt habe, und weil sie in Palästina gemeinsam mit den Kommunisten für den Angriff auf die Amsterdamer Gewerkschaften gestimmt hat. Die Zulassung der tschechischen Nationalsozialisten („Wohlfahrts-Partei) wird wegen ihrer nationalistischen Tendenzen und wegen ihrer engen Verbindung mit den gelben Gewerkschaften in der Tschechoslowakei abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird die Zulassung der sogenannten Sozialistischen Arbeiterpartei Rußlands, einem kleinen Splitter der Menschewisten, der sich direkt oder indirekt an den Interventionen gegen Sowjet-Rußland beteiligt und es sich zur Aufgabe gemacht habe, Aufstände im Innern Rußlands anzuzetteln. Bezeichnenderweise werden aber nicht diese Tendenzen, sondern die Tatsache, daß es sich um Sonderunternehmungen einzelner handelt, als Grund des Ausschlusses angegeben. Als wichtigste Aufgabe des Kongresses bezeichnet Crispien, die Einigung der Sozialisten in den einzelnen Ländern herbeizuführen.

Darauf spricht Fritz Adler im Namen des Organisationskomitees. Es sei außerordentlich schwierig für das Organisationskomitee gewesen, die Stimmenzahl der einzelnen Länder und Parteien festzulegen. Die Frage sei aber für den gegenwärtigen Kongreß nicht entscheidend, weil die Abstimmung nach Delegationen und nicht nach Ländern vorgenommen werden solle. Erst für die Zukunft werde die Stimmenzahl entscheidende Bedeutung haben. Denjenigen Parteien, die sich benachteiligt fühlten, wird anheimgegeben, Protest einzulegen. Als Höchstzahl für eine Delegation ist eine Stimmenzahl von 30 festgesetzt. Auch hier wieder erwiesen sich die tschechoslowakischen Delegationen als die Schmerzenskinder des Kongresses. Sie überbieten sich in gegenseitigen Protesterklärungen. Fritz Adler bittet zum Schluß sämtliche Delegationen, sich für dieses Mal mit der zugewiesenen Stimmenzahl zufrieden zu geben.

Hierauf erhält Fritz Adler das Wort zu seinem Referat über

Die Organisation der neuen Internationale.

Die Vorbereitung des Kongresses, insbesondere der Statutenentwurf, sei ein sehr schwieriges Werk gewesen. Der Referent geht dann auf die Betrachtung einzelner Punkte des Statutenentwurfs ein. Um den Kongreß zu einem wirksamen Faktor der internationalen Politik zu machen, habe man beschlossen, daß der nächste Kongreß spätestens in — zwei Jahren einberufen werde. Im allgemeinen soll er nur alle drei Jahre stattfinden. Große Debatten seien über den Punkt, der die Bestimmungen über die Macht der Exekutive enthält, entstanden. Man habe den ganz kleinen Parteien nicht das Recht der Vertretung in der Exekutive einräumen wollen, weil sie „nicht die finanziellen Mittel aufbringen könnten, die zur Beschickung der Kongresse nötig sind". Schließlich habe man sich auf ein Kompromiß geeinigt, daß je drei der kleineren Staaten sich zusammenschließen sollen, um gemeinsam ein Mitglied in die Exekutive zu entsenden. Auch gegen dieses Kompromiß hätten sich Proteste erhoben.

Bezüglich der Beitragsleistung wird festgesetzt, daß bei Parteien vom Typus der Englischen Labour Party, die zugleich die Gewerkschaften und die Genossenschaften einschließen, nur die Hälfte der Mitgliederzahl bei der Berechnung der Beitragsleistung zugrunde gelegt wird. Ueber den Antrag der internationalen Frauenkonferenz über die Schaffung eines internationalen Frauensekretariats soll erst nach Abschluß des Kongresses verhandelt werden.

Die Schwierigkeiten, die die inneren Streitigkeiten und prinzipiellen Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien der Tschechoslowakei bilden, haben sich als **unlösbar** für das vorbereitende Komitee erwiesen. Fritz Adler bezeichnet die Austragung dieser Gegensätze vor dem Plenum als eine ernste Gefahr für die Neukonstituierung der sozialistischen Internationale. **Alle Versuche des vorbereitenden Komitees, eine Einigung zwischen der deutschen und tschechischen Partei herbeizuführen, sind gescheitert.** In der Vorlegenheit über diese Fragen weiß das Komitee **nur einen Ausweg: Keine der beiden Parteien erhält das Wort zu diesem Punkt der Tagesordnung.** Der Kongreß beauftragt die Exekutive mit der Einsetzung einer Kommission, von der er hofft, daß es ihr gelingen möge, die Streitfragen beizulegen.

Man habe bewußt darauf verzichtet, ein **grundlegendes Programm** auszuarbeiten, in dem alle theoretischen und praktischen Probleme aufgerollt wurden. Man sei sich bewußt, daß eine derartige programmatische Stellungnahme **die Einigung für lange Zeit unmöglich machen würde.** Man habe darauf verzichtet, nach dem Beispiel der 3. Internationale, Bedingungen aufzustellen, denen sich die hinzutretenden Parteien dann zu unterwerfen hätten; man hoffe vielmehr, daß sich das Programm allmählich aus den Beratungen herauskristallisieren werde.

Entscheidend sei der § 3, der sich auf die Verwirklichung der Beschlüsse der Internationale bezieht und den Passus enthält: Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet eine selbstgewollte **Einschränkung der Autonomie der einzelnen Länder.** Der Referent ist sich bewußt, daß eine Reihe von Problemen, z. B. das der Landesverteidigung, nach Anlaß zu weiteren Diskussionen innerhalb der Internationale geben werden. Bei Konflikten zwischen den einzelnen Nationen soll die sozialistische Arbeiterinternationale die höchste Instanz zwischen den angeschlossenen Parteien bilden.

Sogar die Feinde von „links" hätten erklärt, wenn mit den Programmpunkten Ernst gemacht würde, hätten sie an der Formulierung nichts auszusetzen.

Fritz Adler widerspricht sich hier, indem er gleich darauf erklärt, es sei nicht schön von den Kommunisten gewesen, daß sie den § 15 der Statuten, der bestimmt, daß, falls ein Mitglied des Exekutivkomitees in ein Ministerium gewählt werde, seine Mitgliedschaft während der Dauer der Ministertätigkeit ruhe, zum Gegenstand von Angriffen gemacht hätten. Der Passus bedeutet keine Anerkennung des Eintritts in Koalitionsministerien. **Das Problem der Koalitionsregierungen könne von dem Kongreß nicht angeschnitten werden.**

Nun wendet sich Fritz Adler der Frage der

Zulassung von Delegationen

zu. Das **Komitee zur Bekämpfung von Kriegsgefahr und Faszismus** habe ein Ultimatum bezüglich seiner Zulassung gestellt, das am Donnerstag abläuft. Das Organisationskomitee sei „selbstverständlich nicht in der Lage gewesen, diesen Kongreß mit so ernsten, schwerwiegenden Fragen zu belasten und auf die sehr wenig aussichtsreichen Verhandlungen mit den Kommunisten einzugehen". (Die weiteren Ausführungen des Referenten hierzu brachten wir bereits gestern in einem Telegramm. D. Red.)

Zum Schluß teilt Adler noch einen Vorschlag Van Kols zwecks Gründung einer interparlamentarischen Kommission mit. Der Referent verlangt die Zustimmung des Kongresses zu dem Statut als Ganzes.

Auf Antrag der französischen Delegation wird das Statut ohne Debatte per Akklamation angenommen. Darauf singt der Kongreß stehend die „Internationale".

Massensturm der Hamburger Arbeiter gegen die Saboteure der Einheitsfront

Hamburg, 23. Mai.

Trotz des strömenden Regens waren dem Rufe der revolutionären Organisationen zur Demonstration gegen die Entfesselung eines neuen Krieges zehntausende Hamburger Arbeiter gefolgt. Direkt von der Arbeitsstätte kommend, rückten die einzelnen Betriebe geschlossen auf dem Heiligengeistfelde an, wo von vier Tribünen aus die Genossen Koenen, Heckert, Frey und Urbans zu den Arbeitern sprachen. Mit Empörung wurde festgestellt, daß der Kongreß der 2. und 2½. Internationale in dieser gefahrdrohenden Stunde ebenso versagt habe wie die 2. Internationale 1914. Die Demonstration der Hamburger Arbeiter wählte eine Kommission aus fünf Arbeitern Hamburger Betriebe, die dem Kongreß folgende Fragen vorlegen soll:

1. **Was gedenkt der Kongreß gegen die drohende Kriegsgefahr, die durch Englands Vorgehen gegen Sowjet-Rußland heraufbeschworen wird, zu unternehmen? Ist der Kongreß bereit, für sofortige Durchführung des Haager Beschlusses (Generalstreik gegen Kriegsgefahr) einzutreten?**

2. **Was gedenkt der Kongreß gegen die faszistischen Gefahren zu tun?**

3. **Welche Schritte gedenkt der Kongreß zu unternehmen, um die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages sowie die Entsetzung des Ruhrgebiets zu erzielen?**

4. **Ist der Kongreß bereit, zur Durchführung dieser Maßnahmen die kampfbereite Einheitsfront des gesamten Weltproletariats herzustellen?**

In einer einstimmig angenommenen Resolution protestierten die Hamburger Arbeiter gegen die Kriegsdrohung gegen Sowjet-Rußland, gegen die Verschacherung des deutschen Proletariats an die französisch-deutsche Ausbeutergemeinschaft und forderten die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, die sofortige Bildung gemeinsamer proletarischer Abwehrorganisationen. Zur Verwirklichung dieser notwendigen Maßnahme wurde die Bildung einer **einheitlichen Leitung der Abwehr in einer Betriebsrätevollversammlung** verlangt.

Betriebsdelegationen fordern die gemeinsame Aktion

Hamburg, 24. Mai.

Eine Betriebsdelegation der **Howaldtwerke (Kiel)** ist in Hamburg eingetroffen, um dem Kongreß eine Resolution ihrer Versammlung zu überbringen. Das Lokalkomitee hat die Delegation empfangen, die Resolution übernommen mit der Erklärung, **das** Präsidium werde entscheiden. Die Resolution ersucht die Vertreter der drei Internationalen, ihre grundsätzlichen Differenzen zurückzustellen und sofort den Kampf aufzunehmen für die Entsetzung des Ruhrgebiets, gegen den Versailler Friedensvertrag, gegen den internationalen Faszismus, gegen jeden Angriff auf Sowjet-Rußland. Dazu ist ein sofortiger Bruch mit jeder Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik geboten.

Eine Delegation der Belegschaft der **Hamburg-Elbe-Schiffswerft zu Wilhelmsburg** fragt die Delegierten des Kongresses: **Ist der Kongreß gewillt, und was gedenkt er zu unternehmen, um in der jetzigen gefahrdrohenden Situation für das gesamte Weltproletariat die Einheitsfront aller Arbeiter zum aktiven Kampf gegen Faszismus und Kapitalsherrschaft herzustellen?** — Die Delegation des Betriebes soll ihrer Belegschaft eine bindende Antwort zurückbringen. Die Belegschaft erwartet, daß der Kongreß die gestellten Fragen restlos beantworten wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230525-17/fragment/page=0002

Das Begräbnis des Genossen Worowski

Von Frieda Rubiner

Moskau, 20. Mai 1923.

Genosse Worowski, das letzte Opfer der europäischen faszistischen Reaktion in der langen Reihe der proletarischen Märtyrer, wurde am 20. Mai in Moskau zu Grabe getragen.

Der Zug, der den Wagen mit dem Sarge führte, traf Punkt 3 Uhr aus Riga ein. Die Lokomotive war mit Trauerfahnen und jungem Birkenlaub geschmückt. Ebenso war der Güterwagen, in dem der Sarg stand, mit Sowjetfahnen und schwarzem Trauerflor bedeckt. Zu dem letzten Empfang des treuen Kämpfers hatten sich auf dem Perron als Vertreter der Regierung Genosse Tschitscherin mit dem Stab des Kommissariats des Auswärtigen, und Vertreter zahlreicher Organisationen eingefunden. Auch die ausländischen Diplomaten waren erschienen, sie waren leicht erkenntlich: an den Zylinderhüten, an den hohen steifen Kragen, an den Gesichtern. Draußen vor dem Bahnhof warteten die unzähligen Scharen der Organisation, die Genossen Worowski das letzte Geleit zu geben erschienen waren.

Der Zug lief langsam in die Halle ein, unter den getragenen Klängen des russischen Trauermarsches, der jetzt schon als eines der großen bleibenden Dokumente der großen russischen Revolution gelten kann. Genosse Tschitscherin betrat in Begleitung einiger Mitarbeiter, eines Vertreters des Kommissariats der Volkskommissare usw. den Leichenwagen. Dann wurden die Kränze hinausgetragen, die vielen Kränze, die auf dem ganzen Weg von Lausanne bis Moskau von all den Freunden, Kampf- und Gesinnungsgenossen gebracht wurden, um ihre Solidarität mit Sowjet-Rußland und der proletarischen Revolution, mit dem Kommunismus zu bekunden. Hier warteten neue Kränze. Viele Hunderte von Kränzen, denn es gab keine größere Organisation, die sich nicht mit Worowski verbunden fühlte und dies in einem Blumenkranz zum Ausdruck bringen wollte.

Das Grab Worowskis ist auf dem Roten Platz, an der uralten Kremlmauer, wo die großen Opfer der russischen Revolution ihre Ruhestätte gefunden haben, wo Genosse Swerdlow, John Reed und andere begraben liegen. Den Leichenzug begleitete auf dem Wege vom Bahnhof bis zum Roten Platze nur ein Teil der Massen, die zum Leichenbegängnis auf die Straße gingen. Die vielen Züge der Demonstranten aus den Rayons begaben sich direkt zum Roten Platz. Von der Tribüne aus sprachen dann vor dem Sarge des Genossen Worowski: Kamenew als Vertreter der Regierung und der Sowjets von Moskau und Petrograd, Sinowjew im Namen der Kommunistischen Partei Rußlands, Georges Levi als Vertreter der Kommunistischen Internationale und schließlich Tschitscherin im Namen der „Roten Diplomatie", in deren treuen Dienste Genosse Worowski gefallen ist.

Die Hunderttausende von Demonstranten, die mit roten Fahnen und einfachen schmucklosen roten und schwarzen Standarten auf dem weiten Platz standen, um Genossen Worowski die letzte Ehre zu bezeugen, hörten nicht alle die Reden der Führer, aber es gab wohl kaum einen Arbeiter, kaum einen Demonstranten unter diesen Hunderttausenden, die nicht die tiefe Bedeutung dieses Begräbnisses empfunden hätten. Die Reaktion holt zum Schlage aus. Nach so vielen Kämpfen und so viel Leiden kann Sowjet-Rußland noch nicht auf Lorbeeren ausruhen. Es heißt: Gewappnet dastehen, auf der Hut sein, denn — „Sowjet-Rußland ist nicht das Ruhrgebiet, Sowjet-Rußland ist nicht Deutschland. Wir wollen keinen Krieg, aber wir werden uns nicht knechten lassen!" — das war die ernste Stimmung, von der diese Kundgebung getragen war.

Die Kundgebung beim Begräbnis des Genossen Worowski hat, wie die letzten Demonstrationen in den russischen Städten überhaupt, klar und deutlich gezeigt, daß an den politischen Demonstrationen sich nicht mehr die Arbeiter, die Werktägigen allein beteiligen, sondern daß die gesamte Bevölkerung die Interessen der Sowjetregierung als die ihrigen betrachtet und wie ein Mann hervortritt, um dies zu bezeugen.

Proletarische Einheitsfront trotz Severing

Der Reichsausschuß der Betriebsräte zum Verbot der proletarischen Hundertschaften

In der „Sächsischen Arbeiterzeitung" vom 19. Mai erschien folgende Stellungnahme des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte:

Severing hat die proletarischen Hundertschaften verboten. Dieser Minister, der sich auch noch Sozialdemokrat nennt, will damit, wie aus der Begründung zu seinem Verbot hervorgeht, die proletarische Selbsthilfebewegung gegen die Auswucherung des Volkes und die faszistische Gefahr vernichten. Während der sächsische sozialdemokratische Ministerpräsident Zeigner vor kurzem mit Recht feststellte, daß proletarische Hundertschaften zum Kampf gegen die Faszisten notwendig seien, weil im Reiche nichts gegen die faszistische Reaktion, insbesondere in Bayern, Ostpreußen, Pommern und Schlesien geschehe. Und so ist es tatsächlich. Auch in großen Gebieten Preußens (Pommern, Ostpreußen, Schlesien, Berlin, Hannover, Münster usw.) existieren noch immer, mit schweren und schwersten Waffen versehen, geheime faszistische Organisationen, die die Arbeiterschaft dauernd terrorisieren und jeden Augenblick bereit sind, Arbeiterredaktionen, Gewerkschaftshäuser usw. zu vernichten, Arbeiterversammlungen zu sprengen, ein großes Blutbad unter der Arbeiterschaft anzurichten. Severing hat dagegen bisher nichts Ernsthaftes unternommen. Seine Verbote waren nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben und gedruckt wurden.

Deshalb ist eine Selbsthilfe der Arbeiterschaft gegen die Faszisten eine unbedingte Notwendigkeit. Sie muß in noch viel größerem Maße als bisher organisiert werden.

Kann Severings Verbot der proletarischen Hundertschaften das verhindern? Wir sagen: Nein! Denn sein Verbot richtet sich, wie aus der Begründung hervorgeht, gegen proletarische Hundertschaften, die in dieser Form überhaupt nicht existieren und für die in dieser Form niemand agitiert.

Wenn sich Severing in seiner Begründung zu dem Verbot auf die Richtlinien des Reichsausschusses der Betriebsräte für die Gründung und die Tätigkeit der Kontrollausschüsse beruft, so benutzt er falsche Behauptungen über die proletarische Selbsthilfebewegung, um dieser Bewegung das Genick zu brechen. **Denn wenn er sagt, daß sich die proletarischen Hundertschaften auf Grund dieser Richtlinien staatliche Hoheitsrechte, „wie Straßenpatrouillen und Postendienst, verbunden mit Leibesvisitationen und Kontrollen von Personalausweisen der Straßenpassanten" angemaßt hätten, so ist das eine durch nichts begründete Behauptung.** Wir empfehlen Herrn Severing, diese Richtlinien, die nicht geheim verbreitet, sondern sogar im Buchhandel verkauft werden, erst einmal gründlich durchzulesen. Dann muß auch er zugeben, daß von alledem, was er hier behauptet, auch nicht ein einziges Wort in den Richtlinien des Reichsausschusses enthalten ist. In den Richtlinien ist lediglich gesagt worden, daß und wie die Arbeiterschaft überall eine organisierte Selbsthilfe gegen den Wucher und die faszistische Gefahr durchführen muß. **Ja, es ist ausdrücklich gesagt, daß versucht werden muß, die Selbsthilfe gegen Wucher und Faszismus mit den Organen des Staates zu verbinden.** Allerdings hat die Arbeiterschaft in fast allen Fällen festgestellt, daß die Staatsorgane mit den Faszisten Hand in Hand arbeiten.

Die dazu notwendigen und zum Teil bereits geschaffenen Selbstschutzorganisationen haben absolut nichts zu tun mit militärischen Organisationen, die „Exerzier- und Felddienstübungen" machen, wie Severing in der Begründung zu seinem Verbot behauptet. Solche militärische Organisationen existieren nur auf seiten der Reaktion, existieren nur bei den Faszisten.

Die in Sachsen, Thüringen und einigen Teilen Preußens in den Betrieben geschaffenen Abwehrhundertschaften gegen die faszistische Gefahr sind keine militärischen Organisationen, sondern politische Kampforganisationen zur Abwehr der faszistischen Ueberfälle, zur Abwehr der faszistischen Meuchelmörder.

Es wäre ein Hohn auf die Demokratie, diese politischen Kampforganisationen der Arbeiterschaft auf Grund des Republikschutzgesetzes aufzulösen. Oder will Severing, daß sich die Arbeiter, wie das jetzt fast täglich geschieht, von den Faszisten wehrlos abschlachten lassen? Wenn er das will, so können wir ihm allerdings versichern, daß kein klassenbewußter Arbeiter daran denkt, angesichts der wachsenden faszistischen Gefahr sich durch irgendwelche „Verbote" davon abhalten zu lassen, kampffähige politische Abwehrorganisationen zu schaffen.

Wir stellen also fest:

Das von Severing erlassene Verbot der proletarischen Hundertschaften geht von Voraussetzungen aus, die auf die in vielen Betrieben bereits geschaffenen Betriebshundertschaften nicht zutreffen. Sie sind keine militärischen Organisationen, sondern politische Kampforganisationen gegen die faszistische Gefahr. Die Betriebshundertschaften können also auf Grund der Verordnung Severings nicht aufgelöst werden. Wenn Betriebshundertschaften in Sachsen sozusagen Staatseinrichtung sind, können sie in Preußen doch nicht verboten sein. Wir rechnen also bestimmt damit und erwarten, daß kein klassenbewußter Arbeiter sich durch die Verordnung Severings einschüchtern und von der Bildung proletarischer Abwehrorganisationen in den Betrieben als politische Kampforganisationen abhalten lassen wird.

Der Pfingst-Aufmarsch der Jugend

Pfingsten sah in ganz Deutschland den Aufmarsch der revolutionären Jugend. Ueberall zeigten die Jugendlichen durch Massenaufmarsch, daß die junge Garde, wenn sie gerufen wird, zur Stelle ist, sie zeigten auch klar und deutlich, daß sie die dem Proletariat drohenden Gefahren, die durch den Faszismus und der drohenden Haltung Englands Sowjet-Rußland gegenüber täglich größer werden, voll erkannt haben.

So hat der mitteldeutsche Jugendtag in Eisleben seiner brüderlichen Solidarität durch mehrere Telegramme Ausdruck gegeben. Das Leuchten der Augen, als diese Willensäußerung bekannt gegeben wurde, zeugte, daß es den Jugendlichen Ernst ist, alles für ihre russischen Brüder, für die Revolution, einzusetzen.

Telegramme wurden gesandt:

An den Russischen Kommunistischen Jugendverband.

Aus dem Mansfelder Lande, dessen Proletariat schon schwere, blutige Tage des Bürgerkrieges durchlebt hat, senden die am Vorabend des mitteldeutschen Jugendtages versammelten Jungarbeiter den russischen Genossen brüderliche Kampfesgrüße.

Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen wir die Versuche des englischen Imperialismus und seiner Vasallen, Sowjet-Rußland in dem erfolgreichen Aufbau seiner Wirtschaft zu stören und es von neuem mit Krieg zu überziehen. Wie wissen, mit Euch, dem Vorposten der Weltrevolution, soll die Arbeiterschaft aller Länder zu Fall gebracht werden.

An unserm Pfingstjugendtag, dem Sammel- und Kampftag des mitteldeutschen Jungproletariats, geloben wir Euch, alles zu tun, um einen neuen Krieg der Kapitalisten gegen Sowjet-Rußland zu verhindern.

So, wie Ihr gekämpft und gesiegt habt, für uns und das Weltproletariat, so wollen auch wir kämpfen für eine deutsche Arbeiter-Regierung, für das Bündnis der deutschen Arbeiter mit dem revolutionären Rußland.

Nehmt unsern Gruß als das Gelöbnis, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis wir Euch aus einem Sowjet-Deutschland die Hände reichen können zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Kampf für den Sieg der Weltrevolution.

An die Kommunistische Partei Englands.

Mitteldeutscher Pfingstjugendtag 5000 Jungarbeiter senden solidarische Grüße, geloben Unterstützung Eurem Kampf gegen Krieg mit Sowjet-Rußland.

An die englische Arbeiterpartei.

Mitteldeutscher Pfingstjugendtag 5000 Jungarbeiter erwarten Fortsetzung Eures Widerstandes gegen Krieg mit Sowjet-Rußland mit allen Mitteln.

An den Hamburger Jugendkongreß wurde eine Entschließung durch eine Delegation von zwei Mann, einem Mitglied der KJ. und einem Mitglied der SAJ., gesandt, in der betont wird, daß durch die Vereinigung der beiden Jugendinternationalen, da die neue vollkommen unter reformistische Führung kommt, keine Stärkung der Kampfkraft der Jugend erzielt wird. Nur die Einheit im Kampfe kann der Jugend helfen.

•

In Hamburg fand am Pfingstsonnabend im Zirkus Busch, der überfüllt war, eine Massenkundgebung der KJ. statt, in der Jugendgenossen aus Italien, Frankreich, England, Norwegen, Oesterreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei, der Jugendzentrale und Jugendinternationale sprachen. An der Demonstration am Sonntag, von der selbst das „Hamburger Echo" schreiben mußte, daß sie mustergültig durchgeführt wurde und den Geist der Disziplin atmete, nahmen Tausende von Jugendlichen teil. Damit ist die Lüge des hallischen „Volksblättleins", die Kommunistische Jugend wolle den Hamburger Kongreß sprengen, von den eigenen Parteigenossen widerlegt.

Am Jugendtag in Essen nahmen über 10 000 Jugendliche ohne die erwachsene Arbeiterschaft teil.

In Hildburghausen in Thüringen kamen 3000 Jugendliche des Suhler Bezirks zusammen. Der sonst hier so frech provozierende Jungdo hatte sich vor den proletarischen Hundertschaften vollständig verkrochen.

Faszistischer Ueberfall des Jugendtages der KJ. Oberschlesiens.

In mustergültiger Ordnung marschierten in Gleiwitz an die 2000 Jugendliche auf und demonstrierten für ihre Forderungen. Auf dem Markt wurden Ansprachen von den einzelnen Vertretern der Jugend gehalten. Die Faszistenbanden versuchten, durch Pfeifen und Johlen die Redner zu übertönen. Nach kurzer Zeit erschien Schupo, ergriff sofort Partei für die Faszisten und versuchte, den Genossen Monden zu verhaften. Dies mißlang. Die Jugend versuchte, sich nun neu zu formieren und abzumarschieren. Dabei kam es zu einem regelrechten Kampf zwischen Faszisten, die unter allen Umständen Prügelei wollten, mit unseren Genossen. Auf der Wilhelmstraße wurde der Demonstrationszug vom Schupo überfallen. Sie verlangte die sofortige Auflösung des Zuges. Acht Jugendgenossen wurden dabei verhaftet.

Erklärung der Delegation des internationalen Aktionskomitees gegen Kriegsgefahr u. Faszismus

(Eigene Drahtmeldung)

Hamburg, 25. Mai.

Die Delegation hat auf die ablehnende Antwort des Hamburger Einigungskongresses eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich gegen die Ausflüchte Friedrich Adlers wendet und seine Begründung der Ablehnung als eine nichtssagende Ausflucht bezeichnet. Die heutige Situation sei so, daß über enge parteipolitische Fragen hinaus eine Einigung des ganzen Proletariats notwendig sei. Die Faszisten, die Kriegsgefahr, die Generaloffensive gegen Sowjet-Rußland, gegen die gesamte Arbeiterschaft, verlangt nach wie vor die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterschaft.

Höllein ins Hospital überführt

Die französische Telegraphenagentur meldet, daß unsere Genossen Höllein und Albertini, die seit einer Woche den Hungerstreik durchführen, aus der Charité ins Hospital in Paris überführt wurden, da ihr Gesundheitszustand es notwendig machte. Wir fordern die sofortige Freilassung der Genossen und Vorlegung der Anklageakten.

Der Pariser Kommunistenprozeß

Der Staatsgerichtshof unzuständig — Poincaré demissioniert!

Paris, 25. Mai.

Der als Staatsgerichtshof gestern nachmittag zusammengetretene Senat hat sich in Sachen des kommunistischen Abgeordneten Cachin und Genossen für unzuständig erklärt. Ministerpräsident Poincaré berief daraufhin auf 8 Uhr abends einen Kabinettsrat ein. Um 8½ Uhr begab sich das Ministerium ins Elysée und reichte seine Demission ein mit der Begründung, daß es den Beschluß des Senats für ein Mißtrauensvotum ansehe, durch das die Regierung außerstande gesetzt werde, der kommunistischen Machenschaften Herr zu werden. — Wie Havas mitteilt, hat der Präsident der Republik sich geweigert, die Demission anzunehmen. Einzelheiten fehlen.

Neuer Schwindel der bürgerlichen Presse

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 25. Mai.

Die bürgerliche Presse berichtet heute morgen von Versuchen kommunistischer Wander-Redner, die Neuköllner Bevölkerung zu Lebensmittelkrawallen aufzureizen. Die Meldung ist Schwindel. In Wirklichkeit handelt es sich um kleinere Zusammenrottungen, offenbar auf Veranlassung von Polizeispitzeln, um eine Handhabe gegen die proletarischen Hundertschaften auch in Berlin zu erhalten.

A' bisserl spät. Wie die „D. A. Z." in einem eigenen Telegramm sich aus München berichten läßt, hat Adolf Hitler, von Geburt Oesterreicher, nunmehr die bayrische Staatsangehörigkeit erworben. — Vier Jahre war ein Ausländer die treibende Kraft für den politischen Irrsinn in Bayern. Aber jetzt kann es nicht mehr gefehlt sein. Wie übrigens heute aus München gemeldet wird, hat Hitler die Absicht, in Zukunft „bloß mehr auf boarisch z'redn!

Aus der Provinz

Zusammenstoß zwischen Arbeiterjugend und Hakenkreuzler in Ilsenburg

Ein Genosse der Kommunistischen Jugend schreibt uns: „Als ich mit einem Weißenfelser und einigen Eisenberger Jugendgenossen am 24. Mai im Wartesaal zu Ilsenburg (Kreis Wernigerode) saß, hörten wir plötzlich von draußen Radau einer Schlägerei. Wir gingen sofort auf die Straße. Eine Menschenmenge umstand einen Trupp Hakenkreuzler und einige sozialistische Jugendgenossen aus Berlin. Die AJ.-Genossen hatten den Hakenkreuzlern ein Hakenkreuz abgenommen und eine Ehrhardtflagge entrissen; darüber war es zu einer Schlägerei gekommen. Die herumstehenden Leute, meistens Stehkragenproletarier, stellten sich leider auf die Seite der Hakenkreuzler. Einer rief unseren etwas neugierigen Eisenberger Genossen zu: „Stelle Dich nicht hier her und gaffe!" Kaum konnte er darauf antworten, da kamen vier Polizeibeamte und verhafteten einen AJ.-Genossen und unseren völlig unbeteiligten Eisenberger Genossen. Nun ging es erst zum Bahnhof. In einem Zimmer wurden die zwei Verhafteten, die Hakenkreuzler und ein Zeuge, der sich auf die Seite der deutschvölkischen Jünglinge stellte, untergebracht. Ich wollte als Zeuge für meinen unbeteiligten Genossen mit verhört werden, wurde jedoch abgewiesen. Nach einem kurzen Verhör wurden die zwei Verhafteten von vier Polizisten fest am Handgelenk gepackt und nach der Wache geschleppt. Unterwegs sagte so nebenbei unser Eisenberger, daß er für den Kommunismus eintrete. Der Polizist ließ seinen Geist darauf durch die Aeußerung: „Ich schlage Dich in die Schnauze", glänzen. Auf der Wache wurden die zwei noch einmal verhört. Unser Genosse wurde hier entlassen, während der AJ.-Genosse weiter in Haft verblieb. Die Polizei stellte sich vollkommen auf die Seite der Hakenkreuzler."

Derartige Fälle mehren sich. Das Faszistengesindel tritt so herausfordernd und frech auf, daß Zusammenstöße geradezu unvermeidlich sind. Und da die Regierung diese Treibereien duldet, glaubt eben die Arbeiterschaft, dieses nationalistische Lumpenpack in die gehörigen Schranken zurückweisen zu müssen. Daß auch die Jugend der Ministerpartei noch nicht so verseucht ist, um das provozierende Verhalten der Hakenkreuzler ungeschoren zu lassen, ist ein erfreuliches Zeichen. Solche Jugend wird, wenn sie sich zu denkenden Menschen entwickelt hat, den Verrat der VSPD. an der Arbeiterschaft erkennen und den Weg zum revolutionären Teil der Arbeiterklasse finden.

Neid oder Haß?

Aus Merseburg wird uns geschrieben:

Einen rechten Dummenjungenstreich haben sich politische Kindsköpfe in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag an unserer Buchhandlung, Markt 7, geleistet. Mit dicker, schmieriger grauer und grüner Oelfarbe hatten sie das ganze Schaufenster kreuz und quer beschmiert. Auch die Mauern des neugestrichenen Hauses (des Privateigentümers W.), in dem sich der Laden befindet, waren bepinselt. Da war es vor allem der Sowjetstern, der den Lausejungen ins Auge gestochen hatte, weshalb sie den dann völlig überschmiert hatten. Die ganze Schmiererei an dem Fenster zeigte sich bei näherem Hinsehen als ein Versuch, „Hakenkreuz in Oel" zu malen. Die Haken waren dabei aber in falscher Richtung auf die „Glaswand" gekommen, sodaß man mit Bestimmtheit annehmen muß, daß die Angst der Heldensöhne bei ihrem Angriff auf den „Klassenkampf" ganz maßlos gewesen ist. Eine sofortige Hosenbodenuntersuchung aller Marktpassanten würde bestimmt auf die richtige „Spur" geführt haben. Darauf ist aber unsere Kriminalpolizei scheinbar noch nicht geeicht, trotzdem solche Spuren zu wittern nicht die gute Nase eines Polizeihundes notwendig ist.

Neid oder Haß sind die Ursachen zu dieser „Aktion" der Kinderstubenpolitiker, mögen es nun faszistische Nationalsozialisten oder sozialnationalistische Gewaltdemokraten gewesen sein. Bei beiden kann man aber wohl von vornherein sagen, daß Neid und Haß sie gegen die Kommunisten und besonders gegen den „Klassenkampf" beseelt. Bei beiden findet sich auch eine genügende Portion von Verbohrtheit und Geistesverbildung, eine Krankheit, die sich die einen auf der staatlichen Hochschule und die anderen auf der Volkshochschule der freiesten Republik der Welt weggeholt haben. Die Hochschule des Lebens ist das einzige Heilmittel gegen diese Krankheit. Bei solchen Lausbuben ist aber keine Aussicht auf Heilung, sie sind nämlich völlig immun gegen jede Lebenserfahrung. Nur gegen weitere und schlimmere Ausbrüche ihrer Dummheit gibt es ein probates Abwehrmittel, nämlich, daß man mit einer Portion von einem Meter Eschenholz ihnen vorher gehörigen Stuhlgang verschafft, bevor es ihnen aus Angst vor ihrer eigenen Courage erst wieder bei weiteren Bubenstreichen in die Hose läuft. Die Arbeiterschaft ist damit aber gewarnt. Sie wird die Augen offen halten, sich die nötigen „Medikamente" für eine notwendig werdende Pferdekur verschaffen, und sie wird verstehen, ihre Einrichtungen gegen alle Feinde und guten „Freunde" zu schützen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101923O525-17/fragment/page=0003

Mitteldeutscher Jugendtag im Zentralverband der Angestellten

In Dessau hatten sich während der Pfingsttage die Jugendlichen aus dem Gau Mitteldeutschland des Zentralverbandes der Angestellten eingefunden, um ihren 3. Mitteldeutschen Jugendtag abzuhalten. Am Sonnabend und am ersten Pfingsttag fanden Beratungen der Delegierten der einzelnen Jugendgruppen statt. Das Hauptreferat hielt der Kollege Eschbach (Berlin) vom Verbandsvorstand über das Thema: „Die kulturellen Aufgaben der Jugend in Staat und Gesellschaft". Es wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die aus allen Teilen Mitteldeutschlands erschienenen Delegierten der Jugendgruppen im Zentralverband der Angestellten erwarten von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie im Interesse einer gesunden Entwicklung der arbeitenden Jugend den Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen Rechnung tragen. Vor allen Dingen fordert der 2. Mitteldeutsche Jugendtag, daß eine Heraufsetzung der Arbeitszeit für die Jugendlichen, wie im Regierungsentwurf vorgesehen, nicht stattfinden darf, denn dieses liegt durchaus nicht im Interesse der deutschen Volkswirtschaft. Immer wieder versuchen die Arbeitgeber, den Organisationen das Recht abzusprechen, die Arbeits- und Gehaltsbedingungen für die Lehrlinge im Tarifvertrag zu regeln, trotzdem von amtlichen Stellen in überwiegender Mehrheit einwandfrei festgestellt ist, daß der Lehrling Arbeitnehmer im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen ist. Um diesem Vorgehen rückständiger Arbeitgeber begegnen zu können, fordert der 2. Mitteldeutsche Jugendtag weiter, daß in dem kommenden Tarifgesetz auch das Lehrlingswesen verankert wird. Von den gesetzgebenden Körperschaften wird eine weitgehende Beachtung der von den Spitzenorganisationen (ADGB., AfA. und ADB.) geforderten Jugendschutzbestimmungen erwartet."

In die Gau-Jugendleitung wurden gewählt: Oeschläger (Halle), Kroiche (Magdeburg), Linke (Dessau) und Försterling (Halberstadt). Am Abend des ersten Pfingsttages fand ein imposanter Umzug durch Dessau statt, der mit einer Kundgebung vor dem Rathause endete. Am zweiten Feiertage wurde eine Wanderung unternommen.

In fast allen Gauen Mitteldeutschlands hatten sich an den Pfingsttagen die Jugendlichen zusammengefunden, nur den Jugendfreundinnen und -freunden im Ruhrgebiet war es nicht möglich, sich in gleicher Weise zusammenzufinden. Diesen übermittelte der Jugendtag ein Sympathie-Telegramm.

Papitz. Aus der Partei. Unsere Mitgliederversammlung findet nicht am Sonnabend, sondern erst um 2. Juni, abends 8 Uhr, bei Kobl statt. Sonnabend, den 26. Mai, abends 7 Uhr, Abmarsch von Modelwitz zum Soermus-Konzert nach Hänichen.

Güntheritz. Achtung, Kriegsopfer. Zu einer öffentlichen Versammlung für alle Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene, die am Sonnabend, dem 26. Mai, abends 8 Uhr, in Wagners Gasthaus stattfindet, werden hiermit alle Kriegsopfer eingeladen. Referent ist Genosse Flache (Erfurt).

Holzweißig. Wir fordern eine andere Volkserziehung! Von überall erhalten wir Nachrichten über Mißhandlungen der Kinder in den Schulen. Wenn es auch kein Spaß ist, 50 bis 70 Kinder in einer Klasse zu unterrichten, so darf sich doch kein Lehrer dazu hinreißen lassen, die ohnehin unterernährten Proletarierkinder zu prügeln. Hier sind wiederholt Kinder wegen schlechten Lernens durch Hiebe gestraft worden. In einem anderen Falle versetzte ein Lehrer einem Kinde wegen einiger schlechten Zeichnungen einen Schlag über den Hals. Kaltblütig erklärte dieser Erzieher dazu: Na, der Kopf sitzt ja noch oben! Die Lehrerschaft, die sich zu den Moral- und Kulturbringern der deutschen Nation rechnet, sollte endlich selbst daran gehen, diese räudigen Schafe in ihren Reihen bloßzustellen. Daß den Kindern, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, Schwierigkeiten bereitet werden, ist eine bekannte Tatsache. Da der Elternbeirat in Holzweißig eine bürgerliche Mehrheit hat, ist es dort nicht möglich, durch diesen diese Zustände abzuändern. Die Arbeiterschaft muß sich mit den Zuständen in den Schulen beschäftigen und ihre ganze Macht einsetzen, um die Behandlung ihrer Kinder menschenwürdig zu gestalten.

Bitterfeld. Der Brotkorb muß wieder höher gehängt werden. So kostet jetzt ein markenfreies Brot 3600 Mk., ein solches Brötchen 120 Mk. und ein Viertelpfund Zwieback 700 Mk. Diese Preise werden aber Anfang Juni mindestens verdoppelt werden, wenn sich die Erhöhung des Getreidepreises der Reichsgetreidestelle auswirkt. Als wir 1920 davon schrieben, daß wir für ein Brot noch 1000 Mk. bezahlen müßten, wurden wir von den gelahrten Sozialdemokraten als verhetzende Wirrköpfe abgekanzelt und obendrein wegen unserer „Prophezeiung" ausgelacht. Und nun? Hatten wir die Entwicklung nicht richtig vorausgesehen? Werden die Tatsachen, die immerfort die Politik der Sozialdemokraten als arbeiterfeindlich entlarven, endlich von den Arbeitern erkannt? Eine Politik des Glaubens an den kapitalistischen Aufbau führt uns noch tiefer ins Elend. Aufbau des Kommunismus ist der Weg, der uns aus Not und Elend führt.

Delitzsch. Oeffentliche Versammlung. Am Freitag, dem 25. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Lindenhof" eine öffentliche Versammlung statt für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, einberufen vom Internationalen Bund der Kriegsopfer, Ortsgruppe Delitzsch. Erscheinen aller Rentenempfänger ist Pflicht.

— **Konsumvereinsmitglieder** werden gebeten, ihre Anteilsumme (20000 Mk.) nach und nach einzuzahlen, um ihrem Konsumverein das nötige Betriebskapital zuzuführen. Der Verein darf es nicht nötig haben, teures Bankkapital in Anspruch zu nehmen. Ebenso müssen die Mitglieder der Produktivgenossenschaft ihre Anteile von 100 auf 1000 Mk. erhöhen, sonst verfallen diese. Genossinnen und Genossen, beides sind Arbeitereinrichtungen und müssen nicht nur auf ihrer Höhe gehalten, sondern immer mehr ausgebaut werden. Das ist auch praktische Arbeit gegen den Kapitalismus und muß jeder Genosse und jede Genossin dazu beitragen, wenn es vorwärts gehen soll. Die Anteile für die Produktivgenossenschaft können beim Genossen Schneider (Konsum) eingezahlt werden.

Nr. 1045, 1047 u. 2251

sind der Telephon-Anschluß der Produktiv-Genossenschaft. Durch Anruf wird mit der gewünschten Abteilung die Verbindung hergestellt. Die Bureaus in der Lerchenfeldstraße 14 sind geöffnet von ½8 bis ½5 Uhr.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1673. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Schmidt, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Alle kommunistischen Betriebsräte der Industriegruppe Bergbau haben vollzählig an der **Vollversammlung** am Sonntag, dem 27. Mai, vorm. 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" zu Halle, Harz 42/44, teilzunehmen.

Arbeitsgemeinschaft. Sonnabend, den 26. Mai, abds. 7 Uhr, erscheinen alle **Teilnehmer** in der „Produktiv-Genossenschaft". Einige lernbegierige Genossen können noch teilnehmen.

Kommunistische Eisenbahner. Sonnabend, 26. Mai, abds. 7½ Uhr, in der „Produktiv": **Fraktionssitzung.**

Distrikt 12. 1+2. Sonnabend, 26. Mai, abds. 9 Uhr. Alter Treffpunkt.

Halle-Saalkreis.

Nietleben. Heute, Freitag, 25. Mai, abds. 8 Uhr, in der „Sonne": **Mitgliederversammlung.**

Beuchlitz-Schlettau. Sonnabend, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im „Gasthof Wernicke": **Mitgliederversammlung.**

Löbejün. Freitag, 25. Mai, abends 8 Uhr: **Funktionärsitzung.** Ref. Gen. Schippe, Halle.

Kreis Delitzsch.

Zschortau(?). Sonnabend, den 26. Mai, abds. 8 Uhr, im „Gasthof": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld.

Greppin. Montag, 28. Mai, abends 8 Uhr im „Gasthof Schmidt": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Merseburg.

Merseburg. Sonntag, den 27. Mai, vorm. 9 Uhr, in der „Funkenburg": **KPD.-Kreistagsfraktion.**

Neumark. Sonnabend, 26. Mai, abds. 7 Uhr, im „Gasthof Schumann": **Mitgliederversammlung.** Ref.: Genosse Koenen.

Distrikt Dürrenberg. Sonnabend, den 26. Mai, abds. 8 Uhr, im „Trompeterschlößchen" in Tollwitz: **Funktionärsitzung.**

Papitz. Sonnabend, den 26. Mai abds., Abmarsch nach Hänichen zum Soermus-Konzert. **Mitgliederversammlung** am Sonnabend, 2. Juni, abds. 8 Uhr, bei Kehl.

Kreis Weißenfels.

Weißenfels. Freitag, den 25. Mai, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus": **Funktionärversammlung.**

Naundorf-Wildschütz. Sonntag, den 27. Mai, vorm. 10½ Uhr, im „Gasthof Geißler" in Naundorf: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Sonntag, 27. Mai, vorm. 9 Uhr, im Restaurant Wagner, Voigtstraße: **Kreiskonferenz.**

Crossen a. Elster. Sonntag, 27. Mai, nachm. 4 Uhr, in der „Goldenen Ecke": **Mitgliederversammlung.** Referent: Genosse Schröter, Zeitz.

Kretzschau. Sonntag, 27. Mai, abds. 7 Uhr, bei Börner: **Mitgliederversammlung.**

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen u. schöngeistigen Schriften unterhält.

Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Vereine

benötigen **Drucksachen!** Bestellt dies. bei der **Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14.** Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor. Jed. Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark" **Singestunde.** Sonnabd., 26. Mai, abs. 8 Uhr: Treffp. Lehmanns Villa z. Ständchensingen.

Frauen- und Mädchen-Chor. Jed. Donnerstg. ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Die Naturfreunde. Heim: Weidenpl. 20. Zahlabend: Freitag, v. ½8—10 Uhr. Jed. Dienstag, ab. 7½ Uhr, f. Gruppe Nord: Wittekindschule (Friedenstr.), Mitte: Heim, Laurentius- und Ecke Breitestraße, Süd: Torschule, Zim. 52. Wasserfest a. Sonntag find. nicht statt. Musikgruppe: Jeden Freitagabd. ½8 Uhr im Heim, Laurentiusstraße: Wieder Uebungsstunde. Alle Spieler müssen erscheinen. Wanderungen: In die Elster- und Saaleaue ab Sonntagfrüh 7 u. 8 Uhr vom Riebeckplatz — Radfahrer nach dem Eisenhammer. Treffp. Sonnabend nachmittag 3 Uhr Hauptbahnhof. Kinderwanderung: Sonntagfrüh 8 Uhr Marktplatz u. ½9 U. Kanntscher Platz. Gäste willkommen. Montagabend 7 Uhr im Weidenplan: Arbeitsausschuß u. Vorstand gemeinsame Sitzung. Mittwoch, 30. Mai: Vortragsabend von Ilse Berend-Groa, Kassel. Abs. ½8 U. i. Ref.-Real-Gymnasium, Friesenstr. Nachm.: Märchenstunde für Kinder dortselbst. — Programme Freitagabend i. Weidenpl. u. b. d. Mitgliedern. (Sorgt für volles Haus.)

I. Hall. Mand.-Orchest. Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet Ortsgruppe Halle. Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Proletar. Kultur-Vereinig., Halle. Lokal: „Lüder. Berg". Sonntag, 27. Mai: Tagestour. Treffp. früh 6 Uhr am Lüderitz Berg'.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S. Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B. Uebungsstunden im Florabad: Dienstags und Freitags von 6—8 Uhr für sämtl. Abteilungen. Kanu-Abteilung: Freitag, 25. Mai, in der „Prod.-Gen.": Versammlung. Sonntag, 27. Mai: Ausfl. n. Beuchlitz, Treffpunkt 7 Uhr im Bootshaus. Mittwoch, 30. Mai, in der „Prod.-Gen.": Vorstandssitzung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle. Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V. Jeden Dienstag **Uebungsstunde** a. d. Sandanger, bei schlechtem Wetter Charlottenschule.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinksgartenstraße 15. Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm. 5-6 Uhr.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.). Heute ½8—8 Uhr Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle. Freitag, 25. Mai, ½8 Uhr, i. „Volkspark": Versammlung. Sonntag, 27. Mai: Familienausfl. nach Döllnitz mit Musik. Abmarsch 1 Uhr v. Bergmannstrost. Tour n. Friedeburg fällt aus.

Kom. Kindergruppe. Heim: Rathausst. 16. Freitag 4 Uhr in den bekannten Lokalen Gruppenversammlg. Abends 6 Uhr in d. Prod.-Gen.: Erweitert. Vorstandssitzung. Rüstet z. Internation. Arbeit.-Kinderwoche.

Kom. Jugend, Halle. Rathausstraße 16. Heim geöffnet von ½8—½10 Uhr. Gruppe Zentrum: Diskussionsabend. Gruppe Nord: Liederabend. **Heute:** Distriktskassierer Abrechnen der Mai-Pflichtbeiträge. Fragezettel sof. abliefern. Matzeitg. abholen. Sonnabend 6 Uhr, im Heim: Wichtige Zentral-Vorstandssitzg. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Sonntag Halbtagestour n. d. Lindenbusch. Treffp. all. Gruppen 2 Uhr Hallmarkt. Gäste können durch Gruppenleiter eingeführt werden.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein, Cröllwitz. Vereinslok. Lindenhof. Gesangs-Abteilung Mittwochs von 8 bis 10 Uhr. Turn-Abteilung: Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr. Jugd.-Mand.-Abt.: Jeden Donnerstag von 6—8 Uhr.

Stadt-Theater. Sonnabend, abends 7½ Uhr: **Der Wildschütz.** Sonntag: Schwarzwaldmädel. [1953

Thalia-Theater. Sonntag, abends 7½ Uhr: **360 Frauen.** [1952

Kleiderschränke mit u. ohne Wäscheeinrichtung, **Waschkommoden** mit Spiegel, **Nachtschränkchen**, **Bettstellen** mit u. ohne Matratzen, Kompl. **Schlafzimmer** und **Küchen** in gr. Auswahl. Alles n. äußerst preiswert, verkauft [1951 **Max Jungblut,** Albrechtstraße 37.

Kleine Anzeigen haben im „Klassenkampf" den besten Erfolg.

Ein Blindgänger war es bei der Konkurrenz.
Ein Volltreffer jedoch bei der Firma Curt Zöhl.

Zahle für

Wolle	Kilo	Mk.	3500
Hauslumpen (unsortiert)	„	„	1000
Bücher und Zeitungen	„	„	400
Ziegenfelle (alte)		„	30000
Zickelfelle	bis	„	10000
Kaninchenfelle	„	„	8000
Hamsterfelle	„	„	8000
Maulwurfsfelle		„	2000

Außerdem: **Alt-Eisen, Metalle, Wein- u. Sektflaschen usw.**

Curt Zöhl, Inhaber: Walter Zöhl.

Hauptgeschäft: Schweischkestraße 36, Ecke Bertramstr. Tel. 1356.
1. Filiale: Königstraße 15, Ecke Landwehrstraße. Tel. 2812.
2. Filiale: Kleine Ulrichstraße 26 (im Hofe). Tel. 4995.
3. Filiale: Fritz-Reuter-Str. 1, Ecke Ludwig-Wucherer-Straße. Telephon 1356.
1954

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inseraten.

Wir benötigen **mehrere 1000 Zentner Schmiedeeisen** sowie **mehrere 1000 Zentner Maschinengußbruch** zur sofortigen Lieferung.

Bitten Eil-Offerten einzuholen.

Ferner kaufen wir in allen Filialen: **Papier, Bücher, Zeitungen, Lumpen, Knochen, alle Sorten Felle** zu weit mehr erhöhten Preisen.

Paul Theuring, Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H., Triftstr. 24, Tel. 4363 und 5659, Große Brunnenstraße 61, Augustastraße 17 (Hof), Große Brauhausstraße 19, Breitestr. 34 (Hof), Mühlberg 12, Ammendorf (Hauptstr.), Querfurt (Roßplatz-Lichtspiele), Helfta, Merseburg, Nulandstr.

1955

Jugendgruppen! Große Auswahl an einwandfreier Jugendliteratur hat die **Bezirks-Zentralbuchhandlg., Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14** und deren Filialen.

Balda die Schokolade der Feinschmecker. Generalvertr.: Bachran & Co., G.m.b.H., Markt 8 gegenüber der „Börse". 148

Einsatzhemden, Winterhemden, Barchenthemden,

Sehr preiswert! **Herrensocken, Damenstrümpfe, Hosenträger, Sockenhalter, Krawatten, Dauerwäsche-Vertrieb,** Kleiner Berlin 2. 1945

Restaurant Produktiv-Genossensch. Halle a. S., Lerchenfeldstr. 14 empfiehlt seinen kräftigen **Mittag- u. Abendtisch.** Bier: Glas 350.

Damentaschen Ia. Leder, billigst nur **Schmeerstr. 19,** Lederwaren-Spezial-Geschäft. 149

Schlafzimmer, Küchen, Speisezimmer empfiehlt zu soliden Preisen **Möbelfabrik H. Bergmann,** Fleischerstr. 30/31. *166

Reform- Kinderbetten u. Kinderwagen Größte Auswahl Billigste Preise Weitgehendste Zahlungserleichterung BRUNO PARIS Leipzigerstr. 78. **Kinderwagen** zu verl. Gr. Golenstr. 37 I.

Zeitungsträger (in)

für **Brehna** zum **1. Juni** gesucht. Aber nur gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei **Donner,** Kitzendorf bei Brehna.

Zeitungsträger (in)

für **Golpa** zum **1. Juni gesucht.** Nur gewissenhafte Bewerber wollen sich bei **Wiesenthal, Golpa,** melden.

8 öffentl. Vorträge.

Eine neue Weltordnung beginnt.

1. **Halle a. d. S.:** Sonntag, den 27. Mai, nachm. ½4 Uhr, „Thalia-Saal".
2. **Halle a. d. S.:** Sonntag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, „Aula der Martinschule", Charlottenstraße.
3. **Ammendorf:** Sonnabend, den 26. Mai, abends 8 Uhr, „Goldener Adler".
4. **Zappendorf:** Sonnabend, den 26. Mai, abends 8 Uhr, „Raabes Gasthof".
5. **Belleben:** Dienstag, den 29. Mai, abends 8 Uhr, „Müllers Gasthof".
6. **Domnitz(?):** Dienstag, den 29. Mai, abends 8 Uhr, „Lindenhof".
7. **Eisleben:** Mittwoch, den 30. Mai, abends 8 Uhr, „Terrasse", kl. Saal.
8. **Zörbig:** Freitag, den 1. Juni, abends 8 Uhr, „Stadtpark". 1950

Kommen Sie! Hören Sie! Prüfen Sie!

Eintritt frei. Eintritt frei.

Vereinigung ernster Bibelforscher.

Gold-, Silber-, Platin-, Dublee-Bruch kauft laufend **J. Sender, Juwelier u. Goldarb., Große Ulrichstraße 25,** neben Beths Bunte Bühne. 1948

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230525-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 25. Mai 1923.

Die sozialdemokratische Presse wird vom Unternehmertum und der Reaktion bezahlt

Als SPD. und USPD. sich noch nicht verheiratet hatten, da wies die hallische „Volkszeitung“ der sozialdemokratischen Presse wiederholt nach, daß sie Unterstützung von Unternehmerseite bezog. Seit der Vereinigung der SPD. und USPD. zu einer großen „Massenpartei“ sind diese Verbindungen zwischen der „Arbeiterpartei“ und dem Unternehmertum nicht geändert worden. Nach wie vor erfreut sich die sozialdemokratische Presse der Unterstützung des Unternehmertums.

Die sozialdemokratische „Volkswacht“ in Breslau mußte auf Drängen der Funktionäre während einer Lohnbewegung einen Artikel gegen das Unternehmertum in der Lohnfrage aufnehmen. In der Breslauer bürgerlichen Presse ist nun folgendes zu lesen:

Ueber die Finanzierung der sozialdemokratischen Presse wird uns folgendes bekannt:

Die Vertreter der Anzeigenvertriebsgesellschaft m. b. H. Düsseldorf werben bei den Firmen von Handel und Industrie um Anzeigen. Sie geben zu, daß ein materielles Interesse an solchen Anzeigen für die Firmen nicht besteht, sie erbitten **vielmehr die Anzeigen ganz ausgesprochen zu dem Zweck, die sozialdemokratischen Parteiblätter zu unterstützen.** Auf Befragen hat ein Vertreter der Firma bei einer solchen Unterredung erklärt, **die Anzeigenvertriebsgesellschaft m. b. H. sei überhaupt nur ins Leben gerufen worden, weil die Sozialdemokratische Partei nicht selbst Geschäfte mache, die Methode aber nicht entbehren könne, um ihre Parteiblätter zu finanzieren.** Zur Unterstützung der Anzeigenwerbung erklären die Vertreter, wie einwandfrei festgestellt ist, **daß der Zentralverband der Schlesischen Industrie und die Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände die Werbungen für diesen Zweck billigten.**

Es steht also einwandfrei fest, daß das angebliche Organ für die werktätige Bevölkerung gespeist wurde von dem Zentralverband der Schlesischen Industrie und der Vereinigung Breslauer Arbeitgeberverbände. Es ist ferner erweislich wahr, daß die Aquisiteure der „Volkswacht“ den Inserenten wiederholt erklärten, sie geben zu, daß die Inserate für die Firma keinen Wert haben, daß sie aber der Unterstützung und Aufrechterhaltung des sozialdemokratischen Blattes dienen sollen.

Die hallische sozialdemokratische Zeitung ist etwas vorsichtiger. Doch da die Sozialdemokratie die nationalistische Politik Cunos unterstützt, so findet das „Volksblatt“ es ganz in der Ordnung, Inserate für die wüstesten nationalistischen Filme aufzunehmen. In den U.-T.-Lichtspielen laufen die nationalistischen Filme „Fridericus Rex“ und „Alt Heidelberg“. Während der „Klassenkampf“ die Propaganda für den Nationalismus ablehnt, ist das „Volksblatt“ schamlos genug, auf der zweiten Seite von der Notwendigkeit des Proletariats „für sich den Kampf um Erringung der Macht aufzunehmen“ zu schreiben und auf der vierten Seite Propaganda für den Nationalismus zu machen. Geld stinkt nicht. Wie den Deutschvölkischen, denen das Judengeld, wenn es in ihre Kasse fließt, auch des üblen Geschmackes entbehrt, so auch den Sozialdemokraten, denen das Geld der nationalistischen, faszistischen Propaganda, wenn es in ihre Kasse fließt, auch jeden üblen Geruch verliert. Dafür ist aber die Sozialdemokratische Partei Mitglied der einzigen Internationale, die den Kampf gegen den Faszismus führt. (Lacht nicht, so steht's in der sozialdemokratischen Presse.)

Die sozialdemokratische Presse tut sich gelegentlich etwas darauf zugute, die Kommunisten als „Stipendiaten Moskaus“ zu bezeichnen. Jetzt erfährt man, wie notwendig diese vom Kapital ausgehaltene feile Dirne, die Stipendiatin der deutschen Reaktion, solche Verleumdungen hat. Nun versteht man auch die eigentliche Triebfeder der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital, die Abschwörung des Klassenkampfes, Unterstützung der bürgerlichen Regierungen usw.

Die sozialdemokratische Presse ist für ihre Judasdienste gegenüber dem Proletariat bezahlt.

Sozialdemokraten gegen die unteren Beamten

In der gestrigen Haushaltausschußsitzung stand u. a. ein Gesuch der Schulhausmeister um Einreihung in Besoldungsgruppe 4 zur Beratung.

In der Begründung heißt es:

Vor Einführung der Besoldungsgruppe bezogen wir die gleiche Vergütung wie die Angestellten der Feuerwehr, Desinfektionsgehilfen und Bauaufseher. Außerdem war uns für die Mitarbeit unserer Frauen freie Wohnung, freie Feuerung und Licht zugebilligt. Diese Naturalbezüge sind in Wegfall gekommen, ohne daß uns eine Entschädigung zugebilligt worden wäre. Die Arbeiten unserer Frauen sind aber geblieben. Die vorgenannten Gruppen sind jetzt in der 4., 5. und 6. eingestuft. Die Hausmeister aber sind in Eingangsstufe 2 mit Aufstieg nach 3.

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband weist noch besonders darauf hin, daß die Hausmeister einfach eine wöchentliche Arbeitszeit von 90 bis 100 Stunden haben, aber nur zwei Drittel des Lohnes eines 21jährigen Arbeiters erhalten. Außerdem hat der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, die kommunistische und sozialdemokratische Fraktion noch darauf aufmerksam gemacht, daß der Magistrat kaum Miene macht, mit der Gewerkschaft über die Gehälter der Hausmeister zu verhandeln.

Der Haushaltausschuß hat den Antrag der Hausmeister abgelehnt. Für die Ablehnung stimmten die Sozialdemokraten Ziem, der früher als Feuerwehrmann und ehemaliger Unabhängiger nicht laut genug schreien konnte, und Dürrfeld.

Damit haben die Sozialdemokraten, wie schon so oft, sich gegen ihre eigenen Partei- und Klassengenossen gestellt. Dürrfeld, der selbst Mitglied einer freien Gewerkschaft ist, stellt sich hier offen gegen die Eingabe der freien Gewerkschaft. Für Arbeiter und untere Beamte haben diese Leute kein Geld, da stellen sie sich schützend vor die Kassenschränke der Stadt, wenn es aber gilt, gut bezahlte Beamte zu noch höherem Einkommen zu verhelfen, dann ist keine Leere im Stadtsäckel.

Was sagt der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband zu einer solchen Handlung der Sozialdemokraten? Wird die sozialdemokratische Fraktion am Montag in der Stadtverordnetensitzung ihre beiden Vertreter im Hauptausschuß decken oder wird sie mit uns Kommunisten gemeinsam für die gerechten Forderungen der Hausmeister eintreten? Die Hausmeister und die gesamte Arbeiterschaft sieht aber aus diesem Verhalten der Sozialdemokraten, daß alle Versprechungen dieser Partei, für die Arbeiterschaft einzutreten, Lug und Trug sind und daß den Sozialdemokraten die Kassenschränke der Bourgeoisie näher sind, als die Not der unteren Beamten und Arbeiter. Die hallischen Sozialdemokraten haben sich der Großen Koalition durchaus würdig gezeigt.

Ferner wurden für die Einfriedigung eines Platzes auf der Peißnitz, auf dem vormittags 200 Kinder und nachmittags 100 Kinder unterrichtet werden sollen, 800 000 Mk. bewilligt.

*** Gewerkschaftskartell.** Freitag, den 25. Mai, abends 7½ Uhr, **Versammlung der Kartelldelegierten im „Volkspark“. 1. Bericht von der Maifeier. 2. Kassenbericht vom 1. Quartal. 3. Verschiedenes.**

General-Anzeiger-Blödheiten

Die General-Anzeiger-Presse gibt sich als „neutral“. Diese Neutralität hindert sie nicht, eine wüste Hetze gegen die Arbeiter zu betreiben. Sie hat aber die Aufgabe, wie die gesamte bürgerliche Presse, verdummend auf die Leser zu wirken.

So ist es denn kein Wunder, wenn man in den „Hallischen Nachrichten“ den größten Blödsinn in ernster Form vorgesetzt bekommt. So bringen gestern die „Hallischen Nachrichten“ zwischen anderen Notizen, nicht etwa in der Witzecke, eine Notiz, die wirklich verdient, der weitesten Oeffentlichkeit bekannt zu werden, um den Geisteszustand der Redakteure zu kennzeichnen.

Auch die Landstreicher fordern!

Im Bayrischen Wald tagten, wie aus Passau gemeldet wird, Versammlungen von Landstreichern, in denen allen Ernstes gefordert wurde, daß jeder Bauer einem Bettler ein halbes Pfund Fleisch, Brot und einen Liter Most zu geben habe.

Bei der jetzt herrschenden Maikühle jedenfalls eine beachtenswerte Leistung. Wir wissen nun wirklich nicht, wer mehr zu bedauern ist, die Redakteure, deren Zustand in der Richtung der Gehirnerweichung schon bedenklich fortgeschritten sein muß, um einen derartigen Blödsinn zu schreiben, oder die Leser, die solchen Kohl verdauen sollen. Auf ein solches Attentat auf die Gutgläubigkeit der Leser kann es nur eine Antwort geben: Diese Zeitung aus dem Hause werfen!

Kampffonds der KPD.

16. Quittung

Ungenannt, Raßnitz	200,–
Versammlung, Prühlitz	1375,–
Genosse Künnling, Wittenberg	1000,–
Maifeier, Rakith	4000,–
Versammlung, Uthhausen-Subait	4200,–
Genosse A. Grashof, Halle	100,–
Dommitsch, durch Genossen O. Bänisch	11200,–
Konsum-Verein, Ammendorf (Lohn vom 1. Mai)	37500,–
Genosse A. Rother, Böllberg	100,–
Ortsgruppe Wolferstedt, a. Liste	15490,–
Maifeier, Glesien	35000,–
Genossen Meixer u. Friedemann, Sangerhausen (Lohn v. 1. Mai)	16000,–
Genosse K. Tauche, Weißenfels	1000,–
Genosse O. Menz, Halle	100,–
Raffinierie, Halle, Liste 3	1700,–
Distrikt 13a, Halle, Liste 29	2150,–
Distrikt 13a, Halle, Liste 28	4016,–
Genosse Joh. Hofmann, Halle	1000,–
Genosse E. Schneppe, Halle	1000,–
Genossin Krüger, Halle	1000,–
Uebertrag:	138131,–

Uebertrag:	138131,–
Genosse M. Schmidt, Halle	750,–
Gesangverein „Lohengrin“, Halle	2460,–
Genosse Franz Lehmann, Halle	5000,–
Gesammelt in der Vers. der Ruhr-Rhein-Bündler, Zöberitz	8000,–
Vers., Kl. Wittenberg, durch Genossen Schnetter	7145,–
Frau Metzger, Halle	50,–
Maifeier, Sennewitz	5800,–
Maifeier, Plessa	20000,–
Maifeier, Halle	106982,–
Genosse W. Jöstel, Raßnitz	520,–
Genosse W. Räbiger, Wittenberg	1000,–
Kegelklub, Wittenberg	750,–
Genosse Reinh. Bock, Halle	60,–
Oeffentl. Vers., Holzweißig, durch Genossen W. Sachse	11000,–
Summe:	307648,–
Bereits quittiert:	4021838,50
Gesamtsumme:	4329486,50

Berichtigung: In der 15. Quittung darf es nicht heißen Distrikt 12 und Belegschaft der Fa. Nischwitz, Halle, auf Liste 33, Mk. 17100, sondern nur **Belegschaft der Fa. Nischwitz, Halle, auf Liste 33, Mk. 17100.**

Herrn Riemer zum Gedächtnis

Die „Hallesche Zeitung“ ist aus Anlaß der Gewaltmaßnahmen des Versicherungsamts gegen die verhaßten Kommunisten in der AOK., insbesondere über die fristlose Entlassung der Betriebsratsmitglieder Kölz, Claus und Wiechmann, ganz aus dem Häuschen. Das Frohlocken über das Eingreifen mit starker Hand vom Versicherungsamt macht der „Halleschen Zeitung“ keine Ehre, wenn man erfährt, daß nur auf Grund von Spitzelberichten aus der AOK. und unter Beiseiteschieben von Gesetz und Recht der Hinauswurf erfolgte.

Der Verwaltungsdirektor Riemer hatte hinter dem Rücken des Vorstandes beim Versicherungsamt gegen die genanten Betriebsratsmitglieder einseitige, unbewiesene, teils unwahre und tendenziös entstellte Anschuldigungen erhoben. Der Vorsitzende des Versicherungsamtes, Herr Finger, hat nun, ohne daß die Angeschuldigten davon etwas wußten, diese einseitigen, teils unwahren Behauptungen Riemers eiligst dazu benutzt, die sofortige fristlose Entlassung gegen diese langjährigen Angestellten zu verhängen. Nach dem Gesetz muß der Angestellte einer Krankenkasse vor der Strafverhängung sich äußern und verteidigen können. Das Versicherungsamt kümmert diese Gesetzesbestimmung, zu deren Beachtung es in erster Linie berufen ist, nicht. Jedem Mörder wird vor seiner Aburteilung das Recht der ausgiebigsten Verteidigung gewährt, nur den verhaßten Kommunisten gestattet man dieses nicht, sie stehen ja außerhalb jedes Rechts. Welch ein Geschrei und welche Zwangs- und Strafmaßnahmen des Versicherungsamts wären wohl erfolgt, wenn umgekehrt der Vorstand gegen einen „Hakenkreuzmann“ so vorgegangen wäre.

Auch die Entrüstungsschreie der „Halleschen Zeitung“ über Mißwirtschaft und Parteinahme für den Direktor Riemer, wären wohl besser unterblieben, wenn man die vor- und nachstehenden Handlungen Riemers beachtet. Es gab eine Zeit (und es ist noch nicht allzulange her), da war der Direktorposten — wie man sagt, nicht zuletzt durch das Anerbieten Riemers, den damaligen Direktor Thier zu stürzen — freigeworden. Da konnte man Herrn Riemer, der zwar Beamter, aber nur stellvertretender Direktor war, des öfteren nach der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße, wandern sehen, um am Stammtisch der Kommunisten Anschluß zu suchen. Um zu zeigen, daß man geeignet und würdig ist, sich auch von Kommunisten als Direktor bestellen zu lassen, hat Riemer keinen Anstoß genommen, sich bei diesen Trinkereien etwas kommunistisch zu gebärden. Herr Riemer hat es seinerzeit sogar nicht als Anstoß angesehen, bei seinen Besuchen in der Produktiv-Genossenschaft den Kredit des kommunistischen Kellners in Anspruch zu nehmen, so daß der Kellner persönlich wegen der Einziehung in den Diensträumen der AOK. erscheinen mußte. Herr Riemer hat sogar eines der vorgenannten Betriebsratsmitglieder, das man jetzt allerdings mit allen Mitteln entfernen möchte, in eine solche Trinkerei hineinzuziehen versucht. Als die Weigerung der Annahme des Kognaks nichts half, sah sich das Betriebsratsmitglied gezwungen, das gefüllte Glas umzustoßen, um sich der Zudringlichkeit des Beamten und Vorgesetzten Riemer zu erwehren.

Das mag nach Ansicht der „Halleschen Zeitung“ und Riemers, unqualifiziertes Verhalten gegenüber dem Direktor und ein Hohn auf die Dienstauffassung eines pflichtbewußten Beamten sein. Jetzt, nachdem Riemer als Direktor fest angestellt ist, kann er sich nicht genug tun in Schmähungen gegen die Kommunisten.

Ein ungeeigneter Ordnungshüter

Am Sonnabendnachmittag hat in der Robert-Franz-Straße ein außer Dienst befindlicher Schupobeamter sich derart betragen, daß tatsächlich die Polizei zum Schutze vor der Polizei angerufen werden mußte. In der Nähe des Café Fromm hat dieser Sipomann einen Zivilisten derartig geschlagen, daß das ganze Gesicht blutunterlaufen war. Die sich ansammelnde Menschenmenge zerstreut er höchst eigenhändig. Wer nicht schnell genug den Anweisungen dieses nicht ganz nüchternen Raufboldes nachkommt, bekommt ein paar Stöße. Ein paar Kohlenträger, die vorbeikommen, nicht stehengeblieben waren, verbitten sich diese ungebührliche Behandlung. Sie werden einzeln beim Kragen gepackt und vorwärts gestoßen. Als eine Frau nicht schnell genug läuft, tritt ihr dieser Ordnungshüter auf die Hacken. Plötzlich verschwand dieser stark nach Alkohol riechende „Held“ und es tauchen mehrere Sipobeamte auf, die in das Café Fromm gingen, um diesen tatenlastigen Helden zu verhaften.

Was geschieht nun mit diesem Ordnungshüter, der Passanten schlägt, stößt und tritt? Wenn die Herren Runge und Bergemann nicht die sofortige Entlassung dieses vollständig zum Sicherheits- und Ordnungsdienst untauglichen Beamten verfügen, dann machen sie sich mitschuldig, wenn eines Tages die Polizei nicht mehr den Befehlen der republikanischen Behörden nachkommt und die Republik selbst durch die Sipo gestürzt wird.

Zur Aufführung der beiden russischen Filme

im „Volkspark“ am Montag sind Eintrittskarten zu haben im Ortsbureau der KPD., Lerchenfeldstraße 14, Bezirksbuchhandlung, Lerchenfeldstraße 14, Volksbuchhandlung, Harz 42/44, Friedrich Heinze, Merseburger Straße 29, sowie im „Volkspark“. Wir bitten, wegen des starken Andranges möglichst die Nachmittagsvorstellung zu besuchen.

Maler, Lackierer, Tüncher und Weißbinder!

Am Sonntag, dem 27. Mai, habt Ihr Eure Kandidaten zur Generalversammlung in Jena zu wählen. Die Opposition der 15. Wahlabteilung, zu der die Zahlstelle Halle gehört, hat die Kollegen

August Meerheim (Weißenfels)

Max Fleck (Zahlstelle Wittenberg)

aufgestellt.

Alle oppositionellen Kollegen der Zahlstelle **Halle wählen am** Sonntag **nur diese beiden Kollegen.**

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Industriegruppe Bergbau. Sonntag, den 27. Mai, vormittags 10 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus“, Halle, Harz 42/44, eine Vollversammlung der Betriebsräte für den Bezirk Halle statt. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht des Gruppenrats. 2. Neuwahl des Gruppenrats. 3. Verschiedenes. **Der Gruppenrat.**

*

Die KPD.-Betriebsräte treffen sich bereits um 9 Uhr zu einer Vorbesprechung. Betriebsräte erscheint vollzählig.

Kommunistische Fabrikarbeiter Ammendorfs. Zu der am Sonnabend, dem 26. Mai, stattfindenden Distriktsversammlung des Fabrikarbeiterverbandes treffen sich alle Genossen eine halbe Stunde früher, um ½7 Uhr.

*** Achtung, Gruppenführer! Sonnabend, den 26. Mai, abends 7½ Uhr, pünktlich und vollzählig. Der Gruppenrat.**

*** Freie Bühne.** Da der Zug morgens 4.52 Uhr ausfällt, so fahren die Mitglieder zum Ausfluge nach der Heimkehle und Kyffhäuser um 8.42 Uhr. Die Tour endet in Bennungen. Eintreffen in Halle abends 11.46 Uhr.

Aus der Provinz

An alle Kreisleitungen!

Wie bereits durch Rundschreiben mitgeteilt, findet am Sonntag, dem 27. Mai, vormittags 11 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“, Halle, eine Sitzung der Bezirksleitung mit allen Kreisleitern (Bezirksausschuß) statt.

Tagesordnung:

1. **Bericht vom Zentralausschuß. Referent: Genosse Sachse.**
2. **Die Organisierung der Betriebszellen. Referent: Genosse Bernh. Koenen.**
3. **Bericht über den Verlauf der Werbewoche. Referent: Genosse Bormann.**

Alle Kreisleitungen sind verpflichtet, durch ihren Leiter oder dessen Stellvertreter vertreten zu sein. Die Kosten trägt die Bezirksleitung. Die übrigen Mitglieder aller Kreisleitungen und die Referenten können auf eigene Kosten ebenfalls teilnehmen.

Bezirksleitung Halle-Merseburg
Willi Sachse.

Jeßnitz. Achtung, Funktionäre der KPD.! Aus Anlaß des Soermus-Abends findet heute, Freitag, abend 8 Uhr eine Sitzung im „Volkshaus“ statt. Alle Zehnerschaftsführer müssen unbedingt erscheinen und Material empfangen.

Straßberg (Unterharz). Ein von Harzgerode kommender Kraftwagen fuhr in einer scharfen Kurve, weil die Steuerung versagte, gegen einen Baum. Das Auto wurde schwer beschädigt und die Insassen, ein Arzt mit Frau und Tochter, herausgeschleudert, wobei die Frau getötet wurde. Dem Arzte selbst wurde die rechte Hand durch Glassplitter schwer verletzt, während die Tochter keinen Schaden erlitt.

Aus der Jugendbewegung

An alle Mitglieder der Kommunistischen Jugend!

Trotz unserer Aufforderung haben die folgenden Gruppen die Teilnehmerkarten zum Jugendtag noch nicht abgerechnet: Nietleben, Dieskau, Ammendorf, Lettin, Könnern, Delitzsch, Holzweißig, Eilenburg, Landsberg, Zschortau, Güntheritz, Greppin, Düben, Spickendorf, Paupitzsch, Friedersdorf.

Wir fordern die Mitglieder dieser Gruppen auf, ihre bummeligen Funktionäre an ihre Pflicht zu mahnen und für sofortige Abrechnung zu sorgen. **Die Bezirksleitung.**

Arbeiter-Sport

Die Reichsarbeiter-Sportwoche

findet vom 3. bis 10. Juni auf dem Stadion am Gesundbrunnen statt. Die Vereine wollen hiervon Kenntnis nehmen.

Der Vorstand: **Geißler, Eurich.**

HFC. „Sportlust 07“ (Exerzierplatz Dessauerstraße). Resultate. 2. Mannschaft — VfB. Süd 4:0; 1. Jgd. — Viktoria 1. Jgd. 2:2; 3. Mannschaft — Reideburg 2. 4:2; 2. Mannschaft — Minerva 2. 4:2. Kommenden Sonntag spielen folgende Mannschaften: 1. — Askania 1. 4 Uhr, 2. — Askania 2. ½2 Uhr, 3. — Askania 3. ½5 Uhr, 1. Jgd. — Dürrenberg 2. Jgd. 10 Uhr. Freitag, ½7 Uhr, 3. — Viktoria 3.

VfV. Lettin. 3. Mannschaft spielte am 2. Feiertage gegen Fortuna Dölau 3. 1:1. Kommenden Sonntag spielt die 1. Mannschaft gegen Burgund Halberstadt 1. in Halberstadt. Abfahrt 7.55 Uhr. Alle Sportsgenossen haben sich an der Einweihung des Stadions am 3. Juni restlos zu beteiligen.

Ballspielklub Giebichenstein. In Halle schlug die Jgd. die 2. Jgd. Leipzig-Schönefeld 3:1. Schüler unterlag gegen Askania Schüler 0:2. Spiele am Sonntag. 1. und 2. Mannschaft. 1. Jgd. fährt zum Sportfest nach Sandersdorf. Abfahrt 10.55 Uhr. Treffpunkt Hauptbahnhof, 10.30 Uhr. Schüler — Teutonia Schüler ½1 Uhr Brandberge. Treffpunkt ½12 Uhr Vereinslokal. Freitag, ½7 Uhr, auf der Peißnitz Training (Reichsarbeiter-Sporttag). Sonnabend 9 Uhr im Vereinslokal Mannschaftssitzung.

Turn- und Sportverein „Fichte“. Infolge Absage von Dürrenberg fallen die Spiele aus. Fichte 2. spielt gegen Minerva 2. ½3 Uhr auf dem Fichte-Sportplatz (Mansfelder Straße). **Turnabteilung:** Die Turnstunden finden von Freitag an auf dem Platze statt.

Eintracht Gröbers — Breslau 7:0. Eintracht Gröbers: Sonntag, den 27. Mai, finden folgende Wettspiele in Gröbers statt: Eintracht 1. — Teutonia 1., Anfang 4½ Uhr. Eintracht 2. — Teutonia 2., 3 Uhr. Eintracht Jugend fährt nach Radewell gegen Radewell Jugend.

Sportfreunde Teicha war mit der 1. und 2. Mannschaft nach Zossen bei Berlin gefahren. Am 1. Feiertage spielten Teicha 2. — Zossen 2. 2:0. Dagegen mußte sich Teicha 1. von Zossen 1. schlagen lassen, Resultat 3:4. Am 2. Feiertag spielte Teicha 2. — Rüstig-Vorwärts 2. Berlin und verlor 2:0. Dagegen konnte Teicha 1. — Rüstig-Vorwärts 1. mit 4:0 als Sieger hervorgehen.

Verantwortlich: Konrad Finkelmeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Wilhelm Barnack, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230525-17/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

69] Von Charles de Coster

Um die Zeit des Nachtessens erschien oftmals ein Pfarrer von St. Johann als Besuch zu dieser saftigen Stunde. Manches Mal wetteten sie, wer am meisten Fisch, Geflügel, Wildbret und Fleisch essen würde. Der am schnellsten satt war, mußte dem andern ein Gericht Kalbsrippen mit drei feurigen Weinen, vier Würzen und siebenerlei Gemüsen zahlen.

Also essend und trinkend, schwatzten sie mitsammen von den Ketzern und waren übrigens der Meinung, daß man ihrer nicht genug umbringen könne. Und so fingen sie niemals Streit an, es sei denn, daß sie über die neununddreißig Arten, gute Biersuppe zu kochen, disputierten.

Dann neigten sie ihre ehrwürdigen Häupter auf ihre priesterlichen Bäuche und schnarchten. Manches Mal, wenn einer halb erwachte, sagte er, das Leben in dieser Welt sei ein gar lieblich Ding und die armen Leute täten Unrecht, sich zu beklagen.

Dieses heiligen Mannes Küster ward Ulenspiegel. Er bediente ihn trefflich bei der Messe, nicht ohne zu dreien Malen die Meßkännchen zu füllen, zweimal für sich und einmal für den Propst.

Der Glöckner Numa Pompilius half ihm zuweilen dabei.

Da Ulenspiegel den Pompilius so blühend, dickbäuchig und pausbäckig sah, fragte er ihn, ob er im Dienste des Propstes den Schatz dieser neidenswerten Gesundheit gesammelt habe.

„Ja, mein Sohn," antwortete Pompilius, „aber schließe die Türe gut, daß uns keiner höre."

Dann sagte er ganz leise:

„Du weißt, daß unser Herr Propst alle Weine und Biere alle Arten Fleisch und Geflügel zärtlich liebt. Derhalben schließt er das Fleisch in einen Kasten und die Weine in einen Keller, und die Schlüssel dazu trägt er immerdar in seinem Säckel. Und beim Einschlafen hat er die Hände darauf. Nachts, wenn er schläft, gehe ich hin und nehme ihm die Schlüssel vom Wanst und lege sie nicht ohne Zittern wieder darauf, mein Sohn; denn wenn er um meine Missetat wüßte, so ließe er mich bei lebendigem Leib kochen."

„Pompilius," sagte Ulenspiegel, „Du mußt Dir nicht soviel Mühe geben, sondern nur einmal die Schlüssel nehmen; ich werde nach diesem Muster neue machen, und wir lassen die andern auf dem Bauche des guten Propstes."

„Mache sie, mein Sohn," sagte Pompilius.

Ulenspiegel machte die Schlüssel. Sobald er und Pompilius um acht Uhr abends vermeinten, daß der gute Propst eingeschlafen sei, stiegen sie hinunter und holten sich Fleisch und Flaschen nach Belieben. Ulenspiegel trug die Flaschen und Pompilius das Fleisch, denn er zitterte allzeit wie Espenlaub und Schinken und Hammelkeule zerbrechen nicht, so sie hinfallen. Etliche Male machten sie sich an das Geflügel, ehe es gebraten war; dieserhalb wurden mehrere Katzen der Nachbarschaft angeklagt und wegen solcher Tat umgebracht.

Alsdann gingen sie in die Ketelstraet, das ist die Straße der Dirnen. Da sparten sie nichts, gaben ihren Schönen freigebig geräuchertes Ochsenfleisch und Schinken, Hirnwurst und Geflügel zu essen und Wein aus Orleans und der Romagna zu trinken und „Ingelsches Bier", das sie jenseits des Meeres Ale nennen; und sie gossen es in Strömen in die jungen Kehlen der Schönen. Und sie wurden mit Liebkosungen bezahlt. Eines Morgens jedoch nach der Mahlzeit ließ der Propst alle beide zu sich bescheiden. Er blickte sie dräuend an und lutschte grimmig an einem Markknochen aus der Suppe.

Pompilius zitterte in seinen Hosen und sein Bauch wackelte vor Angst. Ulenspiegel verhielt sich ruhig und befühlte vergnüglich die Kellerschlüssel in seiner Tasche.

Der Propst sprach zu ihm und sagte:

„Man trinkt meinen Wein und man ißt mein Geflügel. Bist Du das, mein Sohn?"

„Nein", antwortete Ulenspiegel.

„Und hat nicht dieser Glöckner", sagte der Probst, auf Pompilius deutend, „seine Hände bei diesem Verbrechen im Spiel gehabt? Denn er ist bleich wie ein Verscheidender; gewißlich wegen des gestohlenen Weines, der bei ihm wie Gift wirkt."

„Ach, Herr", entgegnete Ulenspiegel, „Ihr beschuldigt Euren Glöckner zu Unrecht, denn er ist nicht so bleich, weil er Wein getrunken hat, sondern weil er nicht genug bekam. Er ist davon so entkräftet, daß, wenn man seine Seele nicht aufhält, sie sich in Strömen in seine Hose ergießen wird."

„Ja, es gibt arme Leute auf Erden", sagte der Probst und trank einen großen Schluck Wein aus seinem Humpen. „Aber sag mir, mein Sohn, ob Du mit Deinen Luchsaugen keinen Spitzbuben erwischt?"

„Ich werde gut acht geben, Herr Probst", sprach Ulenspiegel.

„Gott erhalte Euch alle beide fröhlich, Kinder", sagte der Probst, „und lebet mäßig. Denn von der Unmäßigkeit kommen uns viele Leiden in diesem Jammertal. Gehet hin in Frieden."

Und er segnete sie.

Und er lutschte noch einen Markknochen aus der Suppe und trank noch einen großen Schluck Wein.

Ulenspiegel und Pompilius gingen hinaus.

„Dieser garstige Filz hätte Dir nicht einen einzigen Tropfen seines Weines zu trinken gegeben. Ihm noch mehr zu stehlen, ist so gut wie geweihtes Brot. Doch was ist Dir, daß Du so zitterst?"

„Meine Hosen sind ganz naß", sagte Pompilius.

„Wasser trocknet rasch, mein Junge", erwiderte Ulenspiegel. „Doch sei guter Dinge. Heut abend in der Ketelstraet werden die Flaschen klingen. Und wir werden die drei Nachtwächter trunken machen, also daß sie schnarchend die Stadt bewachen."

Solches geschah.

Indessen kam Sankt Märtens Tag heran, und die Kirche ward für das Fest geschmückt. Ulenspiegel und Pompilius gingen des Nachts hinein, schlossen sorgsam die Türen, zündeten alle Kerzen an, nahmen eine Geige und einen Dudelsack und huben an, auf diesen Instrumenten zu spielen, so gut sie konnten. Und die Kerzen strahlten wie Sonnen. Aber das war nicht alles. Da ihre Arbeit getan war, gingen sie zum Probst, den sie ohngeachtet der vorgerückten Stunde noch auf fanden. Er knusperte einen Krammetsvogel, trank Rheinwein und riß die Augen auf, da er die Fenster der Kirche erleuchtet sah.

„Herr Propst", sagte Ulenspiegel zu ihm, „wollet Ihr wissen, wer Euer Fleisch isset und Euren Wein trinket?"

„Und diese Beleuchtung", sagte der Probst, auf die Fenster der Kirche weisend. „O, Herr Gott, erlaubst Du dem heiligen Märten, also nächtlicher Weile die Kerzen der armen Mönche unbezahlt zu verbrennen?"

„Er tut noch ganz andere Dinge Herr Probst", sagte Ulenspiegel, aber kommt."

Der Probst nahm seinen Krummstab und folgte ihnen. Sie traten in die Kirche.

Allda sah er inmitten des Hauptschiffes alle Heiligen aus ihren Nischen herabgestiegen und im Kreise aufgestellt und von Sankt Märten, der sie alle um Haupteslänge überragte, gleichsam kommandiert. Am Zeigefinger seiner segnend ausgestreckten Hand hing eine gebratene Pute. Die anderen hielten Stücke von Hühnern oder Gänsen, Würste, Schinken, rohem und gesottenem Fisch in der Hand oder führten sie zum Munde, unter anderem einen Hecht, der gut seine vierzehn Pfund wog. Und ein jeder hatte zu seinen Füßen eine Flasche Wein.

Bei diesem Anblick konnte der Probst sich vor Zorn nicht halten. Er ward so rot und sein Gesicht schwoll so an, daß Ulenspiegel und Pompilius vermeinten, er werde platzen. Aber der Probst ging, ohne ihrer zu achten, dräuend auf den heiligen Märten zu, gleich als wollte er ihm die Missetat der andern zur Last legen. Er riß ihm die Pute vom Finger und bläute ihn so wacker durch, daß er ihm Arm, Nase, Krummstab und Mitra zerbrach.

(Fortsetzung folgt.)

Er

Einer ist —, wenn der in die Halle tritt,
geht kein Glück auf, hört keiner den Schritt,
bebt durch die Kleiderlumpen ein Frieren,
pfeift ängstlich der Wetterzug in die Türen.

Der schreiet still wie ein Geist im Traum,
dumpfe Beklommenheit weilt im Raum,
Schichtmarkenmeister ruft ihn nicht,
kein Junge reicht ihm das Grubenlicht.

Er fährt mit an, der Schachtturm schwankt,
ein Ton mit dem Seil durch die Trumme jankt,
davon werden still, es packt ein Grausen
die im Stuhle fahrend hinuntersausen.

Und drunten im Stollen, bald dort, bald hier
er wandert mit Dir, er schleicht hinter mir,
er ist Pferdejunge, ist Feuermann,
er weht wie ein Schatten, er springt Dich an.

Du richtest die Stufen, du prüfst Dein Geleucht,
mit den Flausen das Feuer hast Du verscheucht,
Du quälst Dich, daß Du Dein Brot gewinnst, —
hinter Dir steht der Laurer und grinst.

Du schaffst im Orte, er schrämt Dir vor,
er raunt Dir leise ein Wort ins Ohr, —
Du sinnst und sinnst, ganz still gebannt,
Da nimmt er die Haue Dir aus der Hand

Vielleicht, daß er Dir noch heute naht,
dann, fahre wohl, mit Glück auf, Kamerad,
vielleicht kommt er auf brausenden Flammen,
dann holt er im Schachte uns alle zusammen.

Otto Wohlgemuth, „Aus der Tiefe", Buch- und Kunstverlag A. Bagel, Düsseldorf.

Der 1. Mai im Film

Die Internationale Arbeiterhilfe hat durch ihre Filme aus Sowjet-Rußland bedeutende Erfolge errungen. Der Film „Polikuschka" brachte ihr den Welterfolg. Am 1. Mai ließ die Internationale Arbeiterhilfe in Moskau, Petersburg, Berlin, Paris, Prag, London, Zürich und Kristiania die Mai-Demonstration aufnehmen und stellt zurzeit einen Film „Der 1. Mai" zusammen. Dieser Film wird für die Proletarier in der ganzen Welt ein glänzender Anschauungs-Unterricht sein. Die einzelnen Aufnahmen geben zugleich einen sozialen Querschnitt durch die verschiedenen Städte. Der Zuschauer wird London neben Moskau sehen, Paris neben Berlin, Kristiania neben Petersburg, Prag neben Zürich, er wird die soziale Schichtung und Umschichtung in diesen Bildern erkennen, den Aufmarsch und Kampf in den westlichen Ländern und den Sieg in Rußland. Dieser Film soll zur „Weltkonferenz für Wirtschaftshilfe und Wiederaufbau in Rußland" aufgeführt werden. Diese Weltkonferenz ist von der IAH. einberufen. Die Internationale Arbeiterhilfe ist eine rein proletarische Organisation, in ihren Landeskomitees sitzen sozialdemokratische, intellektuelle, philantropische und kommunistische Vertreter. Diese Weltkonferenz soll versuchen, alle proletarischen und, wenn möglich, auch philantropischen Hilfsorganisationen zusammenzuschließen für den Wiederaufbau in Rußland. In der politisch gespannten Situation, in der mächtige Kapitalgruppen zum Krieg gegen Sowjet-Rußland treiben, bekommt diese Konferenz erhöhte Bedeutung.

Was sind 10 Billionen? Durch die Gewährung von Reichsbankdarlehen an Stinnes und andere Schwerverdiener, durch die Milliardengeschenke an die Reeder, durch die tatsächliche Steuerfreiheit für die Besitzenden hat es die Regierung Cuno bekanntlich soweit gebracht, daß das Reichsdefizit innerhalb ihrer kurzen Regierungszeit von etwa 80 Milliarden auf 10 Billionen angewachsen ist. Die Summe ist so phantastisch, daß man auch mit ihr wenig anfangen kann, wenn man sie in Zahlen geschrieben liest: 10 000 000 000 000 Mark. Würde man diese 10 Billionen in Markscheinen aneinanderlegen, so würde sich eine Strecke von 900 Millionen Kilometer ergeben. Bisher rechnete man nur in der Astronomie mit großen Zahlen. Die Entfernung von der Erde zur Sonne beträgt demgegenüber „nur" 149,5 Millionen Kilometer. Die Billionen in Markscheinen sind also sechsmal so lang, wie die Entfernung der Sonne von der Erde. Würde Herr Cuno verurteilt, an der durch ihn verschuldeten Markscheinlinie mit dem Schnellzug entlang zu fahren, so benötigte er dazu 114 Jahre. Oder, um den Segen der von den Sozialdemokraten gestützten Cuno-Regierung ganz verständlich zu machen, die 10 Billionen Reichsdefizit auf die Einwohner Deutschlands verteilt, ergibt pro Kopf 160⅔ Tausend oder für eine Familie von Vater, Mutter und zwei Kindern eine halbe Million Mark.

Der Komponist der „Internationale". Ein Mitarbeiter der „Humanité" besuchte dieser Tage den Komponisten der „Internationale", des revolutionären Kampfgesanges der Arbeiter aller Länder. Er wohnt in Saint-Denis, heißt Pierre Degeyter, ist heute bereits 75 Jahre alt. Von Beruf ist er Holzarbeiter. Mit Musik beschäftigte er sich nur nebenbei und leitete 1888 in Lille einen Arbeiter-Gesangverein. Auf Anregung seiner damaligen Arbeitskollegen vertonte er eines der damals unter der Arbeiterschaft sehr beliebten Revolutionsgedichte Pottiers. Er dachte nie daran, aus seinem Werke besondere materielle Vorteile zu ziehen und verkaufte schließlich das Manuskript für 200 Frank. 1899 wurde die „Internationale" zum erstenmal außerhalb Lilles auf dem Kongreß der sozialistischen Einheit in Paris gesungen; damals war es bei der Arbeiterschaft der Nordgebiete bereits so populär, daß sie den Refrain mitgesungen haben. Der Arbeiterkomponist, der heute arm und verlassen lebt, hatte mit dem Werk noch eine besondere Unannehmlichkeit. Sein Bruder hat, um materielle Vorteile zu erlangen, eine Erklärung unterschrieben, wonach er der Verfasser des Liedes sei. In einem Prozeß wurde zwar die Verfasserfrage geklärt, doch hatte er nie aus seiner Komposition besondere Vorteile gehabt. Als ihm der Mitarbeiter der „Humanité" erzählte, daß seine Schöpfung zur offiziellen Hymne der russischen Revolution und zum beliebtesten Kampfgesang der Arbeiter aller Länder geworden ist, leuchteten seine Augen vor Freude auf. Er wußte es nicht.

Patriarch Tichon

Zu dem bevorstehenden Prozeß der letzten und höchsten konterrevolutionären Persönlichkeit Rußlands.

Von Hermann Recht (Moskau).

Immer und immer wieder, wenn wichtige politische Entscheidungen auf der Tagesordnung in Sowjet-Rußland stehen, wenn große konterrevolutionäre Enthüllungen seitens des Regierungs-Politischen Amtes zutage kommen und in gerichtlichen Verhandlungen ihren Abschluß finden sollen oder sonst ein Jenseitsgeschrei in der ausländischen Presse über die grausame Sowjetjustiz sich vernehmen läßt, will mich die Taktik der hiesigen Regierung an jenen Sultan mahnen, der die alexandrinische Bibliothek aus dem einfachen Grunde verbrennen ließ, weil die vielen dort enthaltenen Bücher entweder dasselbe oder etwas anderes als der heilige Koran enthalten mögen; im ersteren Falle wären sie überflüssig, im zweiten könnte es nichts Schlimmeres und Heilloseres geben. Und nicht mit Unrecht. Kaltblütig und streng und unerbittlich verbrennt das flammende rote Feuer der hiesigen Justiz die einseitige Weltbibliothek, weil sie entweder Konterrevolution oder sonst etwas ihr Nahestehendes enthalten mag. Für ein von Ketten befreites Volk ist sie überflüssig; alles andere, was nicht die Gebote des revolutionären Korans zur Erfüllung bringt, kann nur Schlimmes und Heilloses stiften.

Soweit ist bis nun im Kampf um die Gerechtigkeitsprämie auf der Weltarena die hiesige Volksregierung siegreich hervorgegangen. Und im bevorstehenden Prozeß des letzten konterevolutionären Anführers, Tichon, wird sicherlich das entscheidende Kapitel der mörderischen Aufwiegelei gegen die Volksregierung aus jener konterrevolutionären Bibliothek der Oeffentlichkeit gelesen werden, die zur endgültigen, vollständigen Vernichtung seitens der Volksjustiz bestimmt wird.

Patriarch Tichon war einer der bedeutendsten kirchlichen Persönlichkeiten und zugleich seit der ersten Revolution das Oberhaupt der monarchistischen Bewegung in Rußland. Er ist ein Streber, der die Stufen seines hohen Amtes dadurch zu erreichen vermochte, weil er politische Tätigkeit mit kirchlicher zu vereinigen verstand; und ihm ist auch eine starke Macht über die ihm Untergeordneten seit seiner Einweihung zuteil geworden. Doch ist Patriarch Tichon — wie ihn seine kirchlichen Gegner schildern (Metropolit Antonius, der Vertreter des Fortschrittes in der russischen Kirche) — keine geistig veranlagte Persönlichkeit, kein selbständiger Geist, vielmehr ein von seinen vielen konterrevolutionären Helfern stark beeinflußtes Objekt. Patriarch Tichon ist auch keine nationale russisch-kirchliche Persönlichkeit, wie sich über ihn der Protoierei Wredzinskij ausdrückt; er ist weder gebildet weder talant und auch kein guter Redner. Als jaroslauischer Episkop, galt er als Vorsitzender des weltbekannten pogromischen „Vereins des russischen Volkes" Seine monarchistischen Bestrebungen haben ihm die starke Unterstützung des Fürsten Trubeckii, des Grafen Olsufiew, des generalen Artomonow und des bekannten Kadetten Ostrow gesichert. So ist er auch durch dieselben als Kandidat zur Patriarchenwahl mit vier anderen Kandidaten aufgestellt worden und ehe man daran dachte, zufällig durch ein gezogenes Los auf den Patriarchenstuhl gesetzt worden. Seine politische konterrevolutionäre Tätigkeit begann noch im Jahre 1919 zur Zeit des Brester Friedens, wo er über die Bolschewiki den Fluch der Kirche warf. Doch die Haupttätigkeit gegen die Bestimmungen und Gesetze der Sowjetregierung entfaltete Tichon zur Zeit der schrecklichen Hungersnot in Rußland. Es war nach dem Bürgerkrieg, als dessen Stifter und Anführer er lange schon bekannt war. Wer den Hunger nicht miterlebt oder mitangesehen hat, kann sich kaum eine Vorstellung von dessen grausamen Folgen machen. Ungeheuer schwer war es der Regierung, mit einemmal dem großen nationalen Unglück abzuhelfen.

In jener schauderhaften Zeit erließ die Sowjetregierung stürmischen Alarm an die Menschheit. Hilfe! Hilfe! Es wurde alles aufgeboten, und nötige Hilfe ist teilweise geschafft worden. Doch ohne ausländische Hilfe war an eine planmäßige, ausreichende Linderung der Hungersnot nicht zu denken. Die amerikanische Regierung half auch anfangs bedeutend stark und später sogar überwiegend der Not entgegenzusteuern, doch war alles noch wenig im Verhältnis zu dem, was gefordert wurde. Die Sowjet-Regierung sah sich veranlaßt, ein Dekret von der Entnahme der kirchlichen Schätze zu veröffentlichen. Das kirchliche Gut sollte für den Austausch gegen Produkte im Auslande verwendet werden.

Und hier in einer so stürmischen Zeit fehlte es dem Patriarchen Tichon nicht an Mut, amtliche Befehle und Anrufe an seine Gläubigen zu verbreiten, in denen er die Bestimmungen der Regierung als Gotteslästerung und Kirchenraub qualifiziert und zur gewaltsamen Widersetzung das Volk bei der Entnahme der Schätze aufforderte. Die schwarzen Elemente aus dem „Verein des russischen Volkes" „erwachten" und gingen zu Pogromen über. Ueber tausend Fälle von Pogromen sind in jener Zeit verzeichnet worden, tausende Menschen unschuldigerweise zugrunde gegangen.

Doch bald setzte seitens der vernünftigen Geistlichkeit eine Opposition gegen den kirchlichen Fürsten ein. Es begann auch mit Hinsicht auf die Bestimmungen und Ziele der Kirche unter den Geistlichen aller Rangstufen ein polemischer Streit sich zu entfalten, der endlich auch zum Zerfall der ehemaligen traditionellen, einheitlichen russischen Kirche führte. Die russische Kirche hat bereits selbst über den indirekten Menschheitsfresser, den seelen- und gefühllosen Patriarchen, das moralische Urteil gefällt. Die höchsten Kirchenväter fordern nun von der Sowjetregierung strenge und dem persönlichen Werte Tichons entsprechende Bestrafung. Der unlängst erschossene Zepliak wird als Miniatur im Vergleich seiner konterrevolutionären Tätigkeit mit der des Tichon hingestellt Die russische Kirche, wie sie sich öffentlich durch ihre Vertreter ausdrückt, sieht im Verurteilen des böswilligen Verletzers der bürgerlichen Gesetze absolut keine Verletzung der Verfolgung der Kirche seitens der Sowjetregierung. Mit dem zu erwartenden Urteil über Tichon wird auch ein Geschichtsurteil über den alten sinodalen Aufbau gefällt werden, der mit allen ihm zur Verfügung stehenden in- und ausländischen Mitteln den Kampf gegen die soziale Revolution in Rußland geführt hat. Deshalb fordert nun auch die fortschrittliche Mehrheit, die jetzt in der russischen Kirche obwaltet, strenges Urteil. Es ist nun die Zeit angelangt, heißt es in den öffentlichen Aussagungen der Kirche, wo die russische Kirche vor die historische Aufgabe zugleich gestellt wird — auf die Seite der Arbeiterschaft entschlossen überzugehen. So ist die überwiegende Meinung der Gläubigen gegen ihre Patriarchen. Und wie soll sich nun die öffentliche Meinung der einst gedrückten Arbeiter und Dorfbauern zum Ausgang des Tichonprozesses stellen? Ein siedendes und brausendes, aus tiefem Innern von Millionen Menschen quellendes „Nieder mit dem Tyrannen", begleitet die strengen und gerechten Richter zur Verhandlung. Nieder die Volksverräter, nieder mit dem Verbrecher, der so riesigen Schaden der friedlichen russischen Arbeiterschaft jahrelang durch den Bürgerkrieg beibrachte, dessen Stifter und Anführer Tichon gewesen ist.

Es soll schließlich und endlich ein Urteil über einen Despoten gefällt werden, den das Hilfegeschrei von Greisen und Müttern und Vätern, den das Jammern von all den kleinen hungernden Kindern, die in den Tod gegangen sind — nicht gerührt hat; ein Urteil über einen Vertreter eines christlichen Glaubens, der die Gebote der christlichen Nächstenliebe nicht anerkannte — nicht beachtete.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230525-17/fragment/page=0006
DFG